



104. Sitzung (Sondersitzung)

Düsseldorf, Freitag, 30. Oktober 2020

Mitteilungen des Präsidenten	3	Minister Karl-Josef Laumann	27
Vor Eintritt in die Tagesordnung	3	Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)	31
		Thomas Kutschaty (SPD)	32
Ansprache von Präsident André Kuper aus Anlass der islamistischen Anschläge in Frankreich.....	3	2 Feststellung der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite gemäß § 11 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbe- fugnisse im Rahmen einer epidemi- schen Lage von landesweiter Trag- weite und zur Feststellung der Zustän- digkeiten nach dem Infektionsschutz- gesetz (Infektionsschutz- und Befug- nisgesetz – IfSBG-NRW)	
Einberufung des Landtags gemäß Art. 38 Abs. 4 der Landesverfassung NRW in Verbindung mit § 21 Abs. 2 GeschO	3	Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/11627	
Ergänzung der Tagesordnung.....	3	Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11628	33
Ergebnis	3	Ergebnis.....	33
1 Entscheidende Weichenstellung, ent- scheidende Wochen – das Virus be- kämpfen, Nordrhein-Westfalen stärken			
Unterrichtung durch die Landesregierung			
<u>In Verbindung mit:</u>			
Aktuelle dramatische Entwicklung der Corona-Pandemie in NRW vor dem Hin- tergrund der Beratungen der Minister- präsidentenkonferenz vom 28.10.2020 und deren Auswirkungen für die Bür- gerinnen und Bürger sowie die Wirt- schaft in Nordrhein-Westfalen			
Ministerpräsident Armin Laschet	4		
Thomas Kutschaty (SPD)	8		
Bodo Löttgen (CDU)	12		
Verena Schäffer (GRÜNE)	16		
Christof Rasche (FDP)	19		
Markus Wagner (AfD).....	22		
Minister Dr. Joachim Stamp	24		
Dr. Martin Vincentz (AfD).....	26		

Entschuldigt waren:

Minister Peter Biesenbach

Angela Erwin (CDU)

Wilhelm Hausmann (CDU)

Andreas Bialas (SPD)

Christina Kampmann (SPD)

Gabriele Hammelrath (SPD)

Hannelore Kraft (SPD)

Hubertus Kramer (SPD)

Norbert Römer (SPD)

Horst Becker (GRÜNE)

Sigrid Beer (GRÜNE)

Dr. Christian Blex (AfD)

Thomas Röckemann (AfD)

Frank Neppe (fraktionslos)

Marcus Pretzell (fraktionslos)

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich heiÙe Sie alle herzlich zur 104. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen willkommen, die eine Sondersitzung ist. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien und den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Für die heutige Sitzung haben sich 15 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Geburtstag feiert heute Charlotte Quik von der CDU-Fraktion. Herzliche Glückwünsche und alles Gute im Namen der Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank – Präsident André Kuper tritt ans Redepult.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum zweiten Mal binnen kurzer Zeit wurden in Frankreich Menschen bestialisch hingerichtet: erst ein Lehrer in einer Schule in Paris, jetzt Christen in einer Kirche in Nizza. Beide Städte waren früher schon Ziel islamistischer Anschläge.

Ich bin entsetzt. Wir sind sprachlos angesichts dieser rohen Gewalt. Viele Menschen in der ganzen Welt und auch in Nordrhein-Westfalen sind bestürzt. In Europa, meine Damen und Herren, in der Demokratie wird das Wort geführt, nicht die Gewalt und nicht das Schwert.

Mir ist es wichtig, uns zu Beginn dieser Sitzung daran zu erinnern und unseren Freunden in Frankreich zu zeigen: Nordrhein-Westfalen trauert und fühlt mit Frankreich.

Wir können, wir wollen und wir werden nicht zulassen, dass die Errungenschaften der Aufklärung und auch des interreligiösen Dialoges von Fanatikern und Fundamentalisten durch die Saat des Hasses zerstört werden. Wir gehen in aller Entschlossenheit dagegen vor.

Nicht zeitlich begrenzte Einschränkungen gegen eine Pandemie sind die wirklichen Angriffe auf unsere Demokratie; das sind Herausforderungen, die wir den Schwächsten schuldig sind. Anschläge aber wie in Paris und Nizza sind Angriffe auf unsere Demokratie und unsere Werte.

Es geht hier übrigens nicht um eine Lynchkampagne gegen Muslime. Eine Demokratie unterscheidet ihre Bürger nicht nach Religion, sondern misst sie an ihren Taten.

Die islamischen Verbände und Institutionen in Europa – auch in Deutschland und Nordrhein-Westfalen –, die Prediger und Vorbeter in den Moscheen und

auch die theologischen Lehrer der großen Islam-schulen – kurz: alle, die dazu schweigen – sind jetzt gefordert, solche terroristischen Anschläge öffentlich zu verurteilen.

Unsere Gedanken und unsere Anteilnahme sind jetzt bei den Opfern und Angehörigen der jüngsten Anschläge von Nizza und Paris. Ich bitte Sie darum, dass wir im Gedenken an die Opfer von Nizza und Paris auf unseren Plätzen innehalten.

(Die Anwesenden erheben sich zu einer Gedenkminute.)

– Ich danke Ihnen.

(Präsident André Kuper begibt sich wieder zum Präsidentenplatz.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung teile ich mit:

Erstens. Die Einberufung des Landtags zur heutigen Sitzung erfolgte gemäß Art. 38 Abs. 4 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 21 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung einerseits auf Antrag der Abgeordneten der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie andererseits auf Antrag der Landesregierung.

Zweitens. Ich weise darauf hin, dass die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen mit Schreiben vom heutigen Tag beantragt haben, vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung gemäß § 20 Abs. 3 Satz 1 unserer Geschäftsordnung zu beschließen, die Tagesordnung um einen Tagesordnungspunkt 2 „Feststellung der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite gemäß § 11 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz“, Drucksache 17/11627, zu ergänzen. Eine Aussprache im Rahmen des ergänzten Tagesordnungspunktes ist nicht vorgesehen.

Gemäß § 20 Abs. 3 Satz 1 unserer Geschäftsordnung kann der Landtag vor Eintritt in die Tagesordnung beschließen, diese zu ergänzen. Hierbei handelt es sich grundsätzlich um eine Entscheidung, die der Landtag mit Mehrheit trifft. Vor diesem Hintergrund frage ich, ob zum Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung das Wort gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir über den Antrag auf Ergänzung der heutigen Tagesordnung ab. Wer ist dafür? – Das sind CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD. Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

1 **Entscheidende Weichenstellung, entscheidende Wochen – das Virus bekämpfen, Nordrhein-Westfalen stärken**

Unterrichtung
durch die Landesregierung

In Verbindung mit:

Aktuelle dramatische Entwicklung der Coronapandemie in NRW vor dem Hintergrund der Beratungen der Ministerpräsidentenkonferenz vom 28.10.2020 und deren Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben mit Schreiben vom 28. Oktober 2020 die unverzügliche Einberufung des Landtags zu dem Tagesordnungspunkt beantragt.

Der Ministerpräsident hat ebenfalls mit Schreiben vom 28. Oktober 2020 mitgeteilt, dass die Landesregierung die unverzügliche Einberufung des Landtags beantragt, um den Landtag zu dem oben genannten Thema zu unterrichten.

Sowohl die beiden antragstellenden Fraktionen als auch die Landesregierung sind damit einverstanden, dass ihre Anträge verbunden und im Rahmen der Unterrichtung durch die Landesregierung beraten werden.

Die Unterrichtung durch die Landesregierung erfolgt durch Herrn Ministerpräsidenten Armin Laschet. Ich erteile ihm das Wort. Bitte schön.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen in einer sehr ernsten Lage zusammen: Die zweite Coronawelle rollt über Europa, über Deutschland und auch über Nordrhein-Westfalen hinweg.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: In den vergangenen sieben Tagen haben die Gesundheitsämter 25.118 Neuinfektionen in Nordrhein-Westfalen registriert. Zum Vergleich: Das ist mehr, als in den ersten sieben Wochen der Pandemie zwischen dem 20. Februar und dem 9. April 2020 registriert wurden; damals waren es 24.132 Neuinfektionen.

Dieses Infektionsgeschehen schlägt sich auch auf den Krankenhäusern und den Intensivstationen nieder. Das ist auch der eigentlich relevante Punkt – und nicht, ob jemand infiziert ist. Es geht darum, ob jemand nach einer Infektion krank wird, einen Intensivplatz belegen und am Ende vielleicht sogar beatmet werden muss.

Am Dienstag vor einer Woche, am 20. Oktober, lag die Zahl der von COVID-19-Patienten belegten Intensivbetten in nordrhein-westfälischen Krankenhäu-

sern bei 231. Heute, am 30. Oktober, also zehn Tage später, haben wir fast genau die doppelte Auslastung, nämlich 463.

Das ist noch nicht dramatisch. Nur zeigt diese exponentielle Entwicklung innerhalb von zehn Tagen, dass wir am Ende dieses Jahres – um die Weihnachtszeit und danach – auch zu Engpässen in unseren Krankenhäusern kommen könnten, wenn wir diese Systematik nicht durchbrechen. Es ist das Ziel, genau das zu verhindern.

Deshalb hat sich das Kabinett in Vorbereitung der Ministerpräsidentenkonferenz mit diesen Zahlen beschäftigt, die der Gesundheitsminister vorgetragen hat. Er hat seit Monaten die Universität Münster für jede Kabinettsitzung beauftragt, methodisch zu zeigen, was es für die Zeit in zwei oder drei Monaten bedeutet, wenn es so weitergeht, wie es gerade der Fall ist. Es ist also immer eine perspektivische Vorausschau. Die war in der Tat am letzten Dienstag sehr ernst, und das hat uns dazu bewogen, den Landtag zu unterrichten und diese Ministerpräsidentenkonferenz vorzubereiten.

Diese Ministerpräsidentenkonferenz war anders als viele zuvor. Davor haben wir gesagt, wir brauchen passgenaue Antworten für das jeweilige Land. Wir haben ja in Deutschland zum Teil Regionen mit einer Inzidenz von 0,9 gehabt. Das bedeutet weniger als einen Infizierten in einem ganzen Kreis. Wir haben andere Regionen gehabt, in denen es plötzlich Hotspots gab. Ich erinnere an den Kreis Coesfeld oder an den Kreis Gütersloh, als dort in einer Fleischfabrik plötzlich die Infektionszahlen stiegen.

Jetzt ist die Lage anders. Wer sich die Deutschlandkarte anschaut, sieht, dass große Gebiete insbesondere im Westen und im Süden der alten Bundesrepublik komplett rot sind, weil sie den Wert von 50 überschritten haben. Manche haben sogar Inzidenzen von 100 oder 200. Deshalb war es unser Ziel bei dieser Ministerpräsidentenkonferenz, eine Lösung zu finden, die für alle gilt.

Der Dank geht insbesondere an die Länder, die noch niedrigere Werte haben. Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und viele ostdeutsche Länder liegen noch wesentlich niedriger, haben aber alle gesagt: Wir brauchen jetzt einheitliche Regeln überall in Deutschland, vom Westen bis in den Osten und vom Norden bis in den Süden, damit die Menschen erkennen, wir sind wieder an einem Punkt, an dem wir gemeinsam handeln müssen, um diese zweite Infektionswelle zu brechen.

Deshalb war das eine von großem Zusammenhalt geprägte Ministerpräsidentenkonferenz. Die Ergebnisse setzen wir jetzt um. Wir haben an diesem Morgen die Coronaschutzverordnung so für Nordrhein-Westfalen übersetzt, wie das in unsere Verordnung passt, und heute schon den Ämtern zugeleitet.

Alles wird ab dem 2. November gelten. Das ist der nächste Montag. Auch dazu eine Erklärung: Unsere Schutzverordnung lief am 31. Oktober aus, aber damit wir wirklich einheitlich sind, haben wir die alte Verordnung um einen Tag bis zum 1. November verlängert, damit am Montagmorgen wirklich überall in Deutschland die gleichen Regeln gelten.

Jetzt sagen viele Bürger: Na ja, aber es wird doch auch viel mehr getestet; man kann das doch gar nicht vergleichen. – Das stimmt. Wir testen heute viel, viel mehr, als uns das im März möglich war. Wahrscheinlich gab es im März auch eine große Dunkelziffer, die nur niemand erfasst hat. Das wissen wir heute präziser. Aber an einem kann man nicht vorbeireden: Am 15. April – das war mit der Höhepunkt der stationären Behandlungen in Nordrhein-Westfalen – hatten wir 2.090 Menschen in stationärer Behandlung. Gestern waren es 2.240. Das zeigt, ja, es wird mehr getestet, aber real sind jetzt mehr Menschen in stationärer Behandlung als im Frühjahr, als wir zum allerersten Mal über dieses Thema gesprochen haben. Deshalb muss jetzt die Welle gebrochen werden.

Das zweite Gegenargument – man muss sich ja auch mit den Argumenten der Gegner auseinandersetzen –, beispielsweise von Restaurants und der Gastronomie insgesamt, ist: Wir halten doch alle Abstände ein. Wir haben doch so viel unternommen, damit wir die Regeln einhalten. – Die Kulturministerin hat an die Aussagen der Theater erinnert: Wir machen das doch alles. Wir halten doch Plätze frei. Warum muss denn jetzt schon wieder ausgerechnet bei uns alles geschlossen werden, obwohl hier gar keine Infektionen entstehen?

Zu dem Teil des Arguments „Bei uns entstehen keine Infektionen“ muss man erklären: Bei 75 % der Infektionen wissen wir gar nicht, wo sie herkommen. Wir können nur das vermelden, was jemand dem Gesundheitsamt schildert. 25 % der Leute wissen, wo sie waren; 75 % können es aber gar nicht mehr genau sagen. Insofern ist dieser große Anteil von 75 % unbestimmt.

Die Idee dahinter ist nicht die Frage: „Wer hält Abstände ein?“ In ein riesiges Fußballstadion nur 1.000 Leute einzulassen oder so etwas wäre alles möglich. Das Ziel ist es vielmehr, für einen Monat – den Monat November – das gesamte öffentliche Leben wieder zu reduzieren und den Menschen zu sagen: Verzichtet auf unnötige Kontakte. Wir wollen Schulen, Kitas und Arbeitsplätze offen halten und müssen dann im Freizeitverhalten auf Kontakte verzichten, die nicht nötig sind. – Das ist die Aufgabe, vor der wir jetzt stehen. Keine unnötigen Reisen, keine unnötigen Kontakte! Das ist die große Chance, um diese exponentielle Welle zu brechen, um dann vielleicht im Dezember, in der Weihnachtszeit, wieder in eine etwas ruhigere Situation zu kommen.

Das ist nicht die Lösung des Problems. Das Virus wird dann auch noch da sein, und wir werden uns viel einfallen lassen müssen, was wir nach dem 30. November – im Dezember, im Januar, im Februar – machen. Wir werden mit dem Virus leben müssen, aber wir müssen jetzt diese rasant ansteigende Kurve brechen. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen, und das ist auch das Ziel all dessen, was wir uns bei den Bund-Länder-Beschlüssen vorgenommen haben.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ich schildere das so deutlich, weil wir eine andere Stimmung haben als im März. Viele Menschen sagen: „Es reicht jetzt.“ Manche sagen: „Das ist alles erfunden.“ – Das ist im politischen Spektrum auch und mit großer Aggressivität der Fall. Ich war gestern zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin bei der Sitzung des Deutschen Bundestages. Es ist schon erstaunlich, mit welchem Ton da manche Fraktionen auftreten. Ich sage, die Lage ist zu ernst, um jetzt die übliche Hetze, Polemik und Verschwörungstheorie in die Parlamente zu tragen. Dafür ist nicht der Zeitpunkt.

(Lebhafter Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Ich sage aber auch: Man muss trotzdem Gegenargumente ernst nehmen. Wir werden es nicht schaffen, wenn wir nur verbieten und sagen: Wir machen hier strenge Regeln und setzen sie durch. – Das wird nicht funktionieren. Es wird nur funktionieren, wenn die Menschen das annehmen, wenn sie selbst sagen: Ja, wir wollen da mitmachen. – Kein Staat kann per Verordnungen 80 Millionen Menschen – 18 Millionen in Nordrhein-Westfalen – dazu bringen, dass sie im Monat November vorsichtig sind. Das geht nur, wenn wir alle dafür werben, dass das geschieht.

Dafür gibt es eine Parlamentsberatung. Vielleicht sollten wir das viel häufiger machen. Das wurde ja auch aus den Fraktionen angeregt. Wenn Parlamente offen diskutieren und am Ende zu Ergebnissen kommen, sind das die Ergebnisse der repräsentativen Vertreter des Volkes, die hier in diesem Landtag zusammen sind. Deshalb ist die Landesregierung für jeden Vorschlag offen, wie wir die parlamentarischen Beteiligungsmöglichkeiten und Informationsrechte erhöhen können.

(Nadja Lüders [SPD]: Das steht in der Verfassung!)

– Dann ist es ja gut, Frau Lüders. Wenn es in der Verfassung steht, brauchen wir jetzt nichts weiter zu tun. Ihre Fraktion im Deutschen Bundestag hat eine Menge Vorschläge gemacht, wie man das verbessern kann. Wenn Ihnen die Verfassung reicht, ist das in Ordnung. Ich glaube, dass viele in diesem Haus gerne mehr präzise Informationen für diesen Landtag hätten.

(Beifall von der CDU und der FDP – Christian Dahm [SPD]: Wir auch!)

Also, wenn der Wunsch besteht: Die Landesregierung ist bereit, da mehr zu tun. – Es ist nur genau diese Abwägung: Alles, was die Landesregierung im Moment tut, geschieht aufgrund eines Parlamentsbeschlusses, mit dem Sie uns dazu ermächtigt haben, weil man manchmal innerhalb von 24 Stunden entscheiden muss, weil bezüglich der Frage, was wir wie machen, nicht die üblichen parlamentarischen Beratungsprozesse in Ausschüssen stattfinden können, sondern weil manchmal schnelles Handeln geboten ist im Konsens von 16 Ländern.

Der Föderalismus – den betonen wir dauernd – hat Chancen. Es darf aber nicht so sein, dass nur noch die Exekutive handelt. Diesen Spagat gemeinsam hinzubekommen, bietet die Landesregierung an. Denn wir sind jetzt wieder in einer Phase, in der man nicht Länder miteinander vergleichen kann, politische Farben miteinander mischen und sagen kann, wer es besser und wer es schlechter macht. Es sind derzeit alle betroffen. Alle demokratischen Parteien hier im Haus sind an irgendeiner Landesregierung beteiligt und haben den Willen, das zu einem Ergebnis zu führen.

Die Bürger und Bürgerinnen sind, wie man an den Reaktionen merkt, gespalten. Manche sagen: „Es ist richtig!“ Manche sagen sogar: „Macht noch mehr!“ Manche fordern sogar einen richtigen Lockdown, wie wir ihn im März hatten. Und wieder andere sagen: „Nein, ihr gefährdet unsere Existenz!“ Künstler und die Veranstaltungsbranche gehen auf die Straße, stehen vor dem Brandenburger Tor. Wir sehen Bilder aus Italien, wo plötzlich gewalttätige Demonstrationen gegen die Maßnahmen stattfinden. An diesem Punkt müssen wir alles tun, unsere Gesellschaft zusammenzuhalten, damit sich keine Aggression ausbreitet.

Wenn man einmal darüber nachdenkt, ob das alles, was wir gerade machen, wirklich nötig ist, empfehle ich einen Blick zu unseren Nachbarn. Ich habe am Wochenende mit Mark Rutte, dem niederländischen Ministerpräsidenten, telefoniert. In einem Land, das lange Zeit sehr liberal versucht hat, Freiheitsrechte hochzuhalten und viele Pflichten, die wir eingeführt haben, nicht einzuführen, sind seit dem 14. Oktober Restaurants, Cafés, Bars geschlossen. Die Regierung hat festgelegt, dass man in der eigenen Wohnung nur noch maximal drei Personen empfangen darf.

In Belgien, unserem anderen Nachbarland, darf man sich in einem Zeitraum von zwei Wochen nur mit denselben vier Personen treffen. Enge Kontakte sind auf höchstens eine Person beschränkt. Nachts gilt eine Ausgangssperre. Die Gastronomie ist geschlossen. – Das ist wenige Meter von uns entfernt. Die Illusion, dass das, was da passiert, nicht auf uns überschla-

gen könnte, ist in unserem vernetzten Lebensraum eher realitätsfern.

Der französische Präsident hat landesweite Ausgleichsbeschränkungen ab diesem Freitag verfügt. Nur noch aus einem triftigen Grund darf man das eigene Haus verlassen.

Das sind also viel weiter gehende Maßnahmen.

Das, was wir machen, ist verhältnismäßig, geeignet, angemessen, aber es ist trotzdem für viele Menschen eine Zumutung. Wir bitten die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen: Helfen Sie mit! Lassen Sie uns diesen Monat November zum Monat der Entschleunigung machen, jeden unnützen Kontakt vermeiden. Dann haben wir vielleicht in der Adventszeit, in der Weihnachtszeit wieder Luft zum Atmen und die Chance, uns auf die Herausforderungen im neuen Jahr vorzubereiten. Darum geht es heute.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Viele haben gesagt: Das können wir nur machen, wenn wir denen, denen wir dieses Sonderopfer zumuten, helfen. Dafür haben Bundesfinanzminister Olaf Scholz und Wirtschaftsminister Peter Altmaier ein Programm erarbeitet, eine außerordentliche Wirtschaftshilfe von 10 Milliarden Euro. Für jeden Betrieb, insbesondere die Gastronomie, die jetzt die Hauptbetroffenen sind, aber auch viele andere, werden 75 % des Vorjahresumsatzes des Monats November erstattet. Die Rückmeldungen aus der Branche sind: Das ist eine sehr komfortable Zusage des Bundes.

Ich füge aber hinzu: Das wird man nicht allzu oft wiederholen können. Es sind gewaltige Summen, die jetzt der Bund stemmt, um zu helfen. Deshalb: Je besser wir es schaffen, die Welle zu brechen, desto geringer ist die Gefahr eines Lockdowns oder weiterer Schäden in der Zukunft.

Das Prinzip der Landesregierung und auch mein persönliches war in all diesen Zeiten: Wenn die Infektionszahlen sinken, werden Grundrechtseingriffe zurückgenommen. Das ist unsere Zusage an die Bürger. Manche haben das „Öffnungen“ oder anders genannt. Ich bin der Meinung, wenn die Infektionszahlen sinken, müssen wir wissen: Den Grundrechtseingriff halten wir nicht aufrecht, weil es gerade so praktisch ist, sondern dann wird er wieder zurückgenommen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wenn aber Infektionszahlen steigen, dann müssen Schutzvorkehrungen wieder verstärkt werden. Das ist die Phase, in der wir jetzt stehen.

Der Gesundheitsminister hat in den letzten Monaten dafür gesorgt, dass die Krankenhäuser bezüglich der Intensivplätze auf diese zweite Welle vorbereitet

sind. Die Lager sind heute – das ist der Unterschied zum März – mit Schutzmitteln gut gefüllt. Die Testkapazitäten werden massiv ausgebaut. Während in der ersten Maiwoche 92.000 Menschen getestet wurden, waren es in der ersten Oktoberwoche 340.000, und die Obergrenze der Kapazität liegt bei 550.000 Tests pro Woche. Das ist also eine vielfache Summe, und wir haben ein viel besseres Lagebild als im März.

Mit den Coronaschnelltests, die seit Kurzem verfügbar sind, ermöglichen wir jetzt Reihentestungen von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Beschäftigten von Senioreneinrichtungen, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Behinderteneinrichtungen.

Bezüglich der Schnelltest ist in den letzten Monaten viel vorgeschlagen worden. Ich sage das nicht kritisch. Sie, Herr Kutschaty, haben einmal vorgeschlagen, Stadionbesuche durch Testungen der Leute zu ermöglichen. Andere haben gefordert, alle in den Schulen und Kitas zu testen.

Der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat für Oktober, November, Dezember 10 Millionen Tests pro Monat international gesichert. Die sind jetzt in den Apotheken verfügbar und abrufbar. Umgerechnet auf ganz Deutschland reichen diese gerade einmal dafür aus, Personal und Besucher von Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Behinderteneinrichtungen zu testen. Das muss zum jetzigen Zeitpunkt durch medizinisches Personal geschehen. Wir rechnen damit, dass irgendwann mehr Tests zur Verfügung stehen. Ab Januar, Februar haben wir vielleicht 20, 30 Millionen. Dies zeigt aber, wir müssen mit den Tests haushalten. Man kann nicht einfach sagen: „Wir testen alle“, sondern man muss in dieser Phase die Tests priorisieren. Genau das wird der Minister mit den Trägern in den nächsten Tagen verabreden, dass zunächst die vulnerablen Gruppen geschützt werden, und danach kann man über andere Bereiche reden.

Das öffentliche Gesundheitswesen ist der Schlüssel in der Pandemiebekämpfung. Ein Amt, das viele eher als Nebenamt in der kommunalen Verwaltung wahrgenommen haben, ist plötzlich das allerwichtigste. Wenn die öffentlichen Gesundheitsämter es nicht mehr schaffen, Ketten nachzuverfolgen, dann resignieren wir vor der Pandemie, und sie wird unbeherrschbar.

Deshalb haben der Gesundheitsminister, der Finanzminister und der Innenminister gemeinsam ein Konzept erarbeitet, mit dem 1.000 neue Stellen für den öffentlichen Gesundheitsdienst bereitgestellt werden, entweder durch Landespersonal, das dann für einige Monate hilft, oder durch finanzielle Mittel für die Kommunen in Höhe von 50 Millionen Euro, mit denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Bekämpfung der Pandemie eingestellt werden können. Gleichzeitig hilft in Nordrhein-Westfalen die Bundes-

wehr mit 1.000 Personen, sodass wir hier eine deutliche Aufstockung haben.

Wir haben für Kitas und Schulen 50 Millionen Euro zur Beschaffung von mobilen Lüftungsgeräten bereitgestellt. Gleichzeitig werden wir an diesem Wochenende, an dem Halloween und anderes stattfindet, alles dafür tun, dass die Regeln durchgesetzt werden. Wir appellieren an jeden – selbst wenn die Verordnung erst am 02.11. in Kraft tritt –: Verzichten Sie auf die üblichen Halloween-Partys oder alles, was an diesem Wochenende stattfinden könnte! Sie werden streng kontrolliert werden, und die Polizei und die Ordnungsämter werden vor Ort keinen Missbrauch dulden. Auch das ist die klare Botschaft, die wir heute sagen.

(Beifall von der CDU)

Wir brauchen die Solidarität mit den Alten, den Kranken, den Vorerkrankten, den Pflegekräften, den Ärzten, den Mitarbeitern der Gesundheitsämter, aber auch mit den Gastronomen, den Kulturschaffenden, die jetzt in besonderer Weise durch das, was wir beschließen, belastet sind.

Wir müssen alles dafür tun – der Digitalminister hat schon eine Initiative gestartet, wie wir die Zeit nach dem 30.11. gestalten –, die Gesundheitsämter auch digital noch besser in die Lage zu versetzen, ihre Informationen vielleicht nicht in der mühsamen 1:1-Methode, sondern anders zu erarbeiten. Wir werden den Monat November nutzen müssen, um auch ganz neue, unkonventionelle Wege zu gehen, damit wir ab Dezember, Januar, Februar in einer neuen Phase anders agieren können.

Ich bin sicher: Nordrhein-Westfalen ist stark genug, um diese Bewährungsprobe zu meistern. Das haben wir im März und April schon einmal geschafft. Wir haben es auch geschafft, weil in diesem Landtag über Parteigrenzen hinweg der gleiche Appell an die Menschen gerichtet worden ist. Wenn wir heute ausstrahlen, dass die Lage ernst ist, dass wir alle aber alles tun wollen, um jetzt die Welle zu brechen, dann haben wir auch die Chance, dieses schreckliche Jahr 2020 in etwas entspannterer Situation zu verlassen als in der Situation, in der wir heute sind.

Deshalb: Machen Sie mit! Nordrhein-Westfalen kann das. Ich bin sicher, wir werden auch wieder andere Zeiten erleben. Wir werden uns auch wieder begegnen. Wir werden uns auch wieder umarmen können. Aber in dieser Phase brauchen wir die Kraft und den Willen aller. Und darum bitte ich, und dazu lade ich Sie alle ein. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Laschet. – Ich eröffne nun die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der

SPD dem Fraktionsvorsitzenden Kutschaty das Wort.

Thomas Kutschaty^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Lage ist ernst. Die Lage ist sehr ernst. Die Lage ist sogar so ernst, dass wir als SPD-Fraktion die zwischen den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und der Kanzlerin vereinbarten harten Maßnahmen mittragen werden.

Ja, wir tragen auch unpopuläre Einschnitte mit, denn gerade in unserem Land in Nordrhein-Westfalen ist die Lage sehr dramatisch geworden. Ganz Nordrhein-Westfalen ist mittlerweile ein Coronahotspot. Deswegen tragen wir auch nicht zum ersten Mal harte Maßnahmen in diesem Lande mit.

Aber unsere Zustimmung ist an klare Erwartungen geknüpft. Bislang hat die Landesregierung das Parlament nicht angemessen beteiligt.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich habe gerade sehr wohlwollend von Ihnen gehört, Herr Laschet, dass Sie es ganz gut finden, im Landtag häufiger über diese schwierige Thematik zu diskutieren. Aber die letzte Unterrichtung, die letzte Erklärung von Ihnen zur Coronalage ist vier Monate her gewesen. Das ist nicht ausreichend und nicht angemessen für einen Ministerpräsidenten.

(Beifall von der SPD)

Ich erinnere noch einmal daran: Als wir Sie im August-Plenum gebeten haben – sogar beantragt haben –, hier eine Unterrichtung zur aktuellen Coronalage vorzunehmen, nachdem wieder eine Ministerpräsidentenkonferenz stattgefunden hatte, haben Sie das mit Ihrer Mehrheit abgelehnt und lieber parallel eine Pressekonferenz abgehalten. In einer solch schwierigen Zeit geht man so nicht mit einem Parlament um, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich bin sehr froh, dass diese Einsicht jetzt hoffentlich da ist. Ganz offensichtlich hat auch Ihr Koalitionspartner nicht unerheblich dazu beigetragen, dass deutlich mehr im Parlament diskutiert werden muss. Aber ein vier Monate langes Schweigen dieser Regierung in diesem Haus darf es nie wieder geben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Dann haben Sie, Herr Laschet, vorige Tage gesagt: Der November ist der Monat der Entscheidungen. – Ich weiß gar nicht, wie ich es formulieren soll. Mich hat dieser Satz empört. Nicht der November ist der Monat der Entscheidungen. Die Monate der Entscheidungen waren der Juli, der August und der September und auch noch Anfang Oktober. Das waren

die Monate, in denen Entscheidungen hätten getroffen werden müssen. Doch in dieser Zeit gab es von Ihnen mehr die Diskussion um Lockerungen und um Beschwichtigungen, anstatt vorausschauend zu planen. Das war fahrlässig, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD)

Den Medien kann ich jetzt entnehmen, dass der Gesundheitsminister schon im September wusste, dass schon im September bei 43 % aller Infektionsketten nicht mehr nachvollziehbar gewesen ist, wo sie herkommen, wie sie zustande kommen. Es waren also nicht 25 %, sondern schon 43 %, bei denen man das nicht mehr wusste. Das wäre ein Signal gewesen, schon frühzeitig einzuschreiten. Sie wussten selbst, dass die Gesundheitsämter mit der Arbeit nicht mehr hinterherkommen, haben aber trotzdem nicht die Notbremse gezogen. Auch das war fahrlässig.

(Beifall von der SPD)

In einer solchen Krise gilt der Grundsatz: Man kann auf das Beste hoffen, aber man muss mit dem Schlimmsten rechnen. – Schon im August nannte das Robert Koch-Institut die Entwicklungszahlen besorgniserregend. Die zweite Welle sei da, hat die „Rheinische Post“ geschrieben. Ich selbst habe im August darauf hingewiesen, dass die zweite Welle da ist und wir uns vorbereiten müssen.

Schon seit dem Frühjahr wird in der Wissenschaft und in der Öffentlichkeit darüber diskutiert, wie gefährlich eine zweite Welle im Herbst ist, auf die man sich vorbereiten kann. Sie hätten Vorbereitungen für ein Szenario treffen müssen. Seit Monaten wird vor dem gewarnt, was jetzt eingetreten ist.

In einer solchen Krise ist es die Pflicht der Exekutive, vorauszudenken, Gefahren aufzudecken und Vorkehrungen zu treffen. Sie hatten viel Zeit; Sie haben sie verstreichen lassen. Sie hätten den Blick nach vorne richten und erkennen können, was droht. Doch Sie haben die Bedrohung verdrängt. Ich nenne das Führungsschwäche in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Um die Akzeptanz der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen für die wichtigen, schwierigen und einschneidenden Maßnahmen zu erhalten, müssen wir jetzt den Schalter umlegen. Zu Beginn der Pandemie herrschte noch relative Klarheit darüber, was zu tun ist. Inzwischen ist dieser Klarheit eine große Verwirrung und Verunsicherung entgegengesetzt worden – begünstigt durch die zunehmende Kakophonie und Kommunikation über die Pandemie. Deswegen brauchen wir dringend wieder mehr Nachvollziehbarkeit und Gemeinsamkeit im Vorgehen gegen das Virus.

Es ist sehr zu begrüßen, dass der Bund und die Länder sich vorgestern endlich dazu durchgerungen haben, an einem Strang zu ziehen. Für die Zukunft gilt

es, vorzubeugen. „Vorbeugen“ ist das ganz entscheidende Wort zur Bekämpfung dieser Pandemie. Doch was haben Sie in den letzten Wochen getan? Statt Vorbeugung haben Sie die Tests an Schulen und Kitas zurückgefahren.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Das ist doch nicht wahr!)

Kostenlose Tests für Reiserückkehrer sind gestrichen worden. An den Schulen wurde einfach so wehtergemacht wie bisher, ohne auch nur über einen Plan B nachzudenken.

Wir wissen sehr genau, was das Dilemma einer vorbeugenden Politik ist: Es liegt kein Ruhm in der Prävention. – Diesen Satz kennt jeder Gesundheitsbeurteiler. Aber dieser Satz darf einen doch trotzdem nicht von einem vorausschauenden Krisenmanagement abhalten. Tatsächlich haben Sie immer nur auf die jeweilige Situation reagiert, und das war nicht gut.

(Beifall von der SPD)

Wenn die Gesundheitsämter eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung dieser Pandemie spielen sollen, dann wäre es doch schon vor Wochen gut und richtig gewesen, diese Gesundheitsämter auf die zweite Welle vorzubereiten und ihnen deutlich mehr Personal zur Verfügung zu stellen. Das ist das ganz Entscheidende. Das führt nun dazu, dass nicht wirklich klar ist, wann welche Maßnahme etwas bringt, und dass wir heute in einem Dilemma stecken. Da wir Infektionsketten nicht mehr nachvollziehen können, 75 % der Ursachen nicht mehr klar sind, müssen wir heute mit der Schrotflinte losgehen und große Teile der Bevölkerung, viele Berufsgruppen ganz massiv beeinträchtigen. Das hätte man möglicherweise verhindern können, wenn man die Gesundheitsämter vorzeitig personell besser ausgestattet hätte.

Nächstes Beispiel: Pflegeheime. Ich denke, wir sind uns einig – das nehme ich Ihnen auch wirklich ab, Herr Laumann –, dass wir alles dafür tun müssen, dass ältere Menschen auch in dieser Pandemiezeit in den Heimen nicht vereinsamen. Da haben Sie uns auf Ihrer Seite.

Dann müssen wir aber schnellstens – auch das hätte man nicht erst jetzt starten dürfen – für Schnelltests sorgen, um Besuche zu ermöglichen.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Das haben wir doch getan!)

Außerdem müssen wir dafür sorgen, den Heimen nicht einfach die Schnelltests bereitzustellen. Vielmehr müssen Sie auch das Personal für die Anwendung dieser Tests haben. Dieses Personal muss geschult werden. Für beides haben Sie nicht ausreichend gesorgt. Es gibt nicht genügend Schnelltests und schon gar nicht genügend Schulungskapazi-

täten für das Personal. Lassen Sie die Pflegeheime bitte nicht länger allein!

(Beifall von der SPD)

Ein drittes Beispiel sind Kitas und Schulen. In der Grundausrüstung sind wir uns einig – das finde ich gut –: Schulen und Kitas müssen offen bleiben, solange es irgendwie geht. Eine Kitaschließung verhindert man aber nicht mit Worten und leeren Versprechungen. Man verhindert sie durch Taten und Konzepte. Davon ist im Kitabereich aber wenig erkennbar.

Sie machen Versprechungen und hoffen darauf, dass die Erzieherinnen und Erzieher diese für Sie halten. Das ist schlechtes Krisenmanagement und im Übrigen auch ganz schlechter Stil.

(Beifall von der SPD)

Ein geordneter Betrieb in den Kitas und Schulen ist doch insbesondere für Kinder aus ärmeren Verhältnissen wichtig.

Wenn wir die Schutzmaßnahmen in den Schulen und Kitas nicht erhöhen, dann haben wir auch zukünftig aller Voraussicht nach keinen geordneten Betrieb. Das sagen nicht nur wir Ihnen, sondern seit Monaten all diejenigen, die Tag für Tag in diesen Einrichtungen arbeiten oder deren Kinder dort hingehen. Sie sind die Expertinnen und Experten für die Frage, wie ein geordneter Betrieb, der Krisen vorbeugt, aussehen kann. Hören Sie den Erzieherinnen und Erziehern, den Lehrerinnen und Lehrern endlich mal zu, liebe Landesregierung!

(Beifall von der SPD)

Auch wenn das mit den Testkapazitäten schwierig ist, wollen wir doch den Betrieb der Schulen und Kitas aufrechterhalten. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass dort für Lehrerinnen und Lehrer Testkapazitäten und Testmöglichkeiten vorhanden sind.

Ich sage es deutlich: Jede entdeckte Infektion bedeutet mehr Schutz und weniger Risiko.

(Beifall von der SPD)

Deswegen darf man da Testkapazitäten nicht zurücknehmen. Das ist genau das falsche Signal.

Die Schulpolitik macht meiner Fraktion besondere Sorgen. Sie ist vielleicht das schillerndste Beispiel für die Führungsschwäche der Landesregierung in dieser Krise. Unsere Kinder, unsere Lehrerinnen und Lehrer werden nicht so gut geschützt, wie sie geschützt werden müssen.

Seit dem Frühjahr weiß die Landesregierung um den Ernst der Lage. Seit dem Frühjahr wird nahezu täglich vor einer zweiten Infektionswelle im Herbst und Winter gewarnt. Trotzdem haben Sie unseren Kindern und Lehrerinnen und Lehrern heute nicht mehr

anzubieten als Maskenpflicht, offene Fenster und den Rat, eine dicke Jacke anzuziehen.

Wir haben es mit einer Regierung zu tun, die sich inmitten einer Pandemie vom Herbstbeginn überraschen lässt – so sieht es doch aus.

Über den Sommer gab es genügend Zeit, sich über Luftfiltergeräte zu informieren, welche zu bestellen und zu beschaffen. Wann haben Sie das gemacht? – In dieser Woche. Ende Oktober tagt das Kabinett und kommt auf die Idee, Anfang November Luftfilteranlagen zu beschaffen. Ich weiß nicht, wann die ersten Filtergeräte kommen können. Ich hoffe, möglichst schnell. In diesem Schnecken tempo kann man Kinder und Lehrerinnen aber nicht schützen. Erhöhen Sie bitte schnell Ihr Tempo!

(Beifall von der SPD, Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Josefine Paul [GRÜNE])

Selbstverständlich gibt es auch in Schulen eine reale Ansteckungsgefahr. Frau Gebauer, Sie wollen mit aller Macht eine Normalität inszenieren, die es nicht gibt. Diese Inszenierung nimmt Ihnen jetzt auch niemand mehr ab – weder Schülerinnen noch Lehrerinnen und auch nicht die Eltern. Unsere Schulen brauchen endlich einen Plan B mit kleineren Lerngruppen, Schichtunterricht und neuen, vernünftigen Konzepten für digitalen Schulunterricht.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen die Gruppen verkleinern und auf Schichtbetrieb umstellen oder zumindest darauf vorbereitet sein – allein, um den Transfer der Schülerinnen und Schüler zu den Schulen zu entschlacken.

Schauen Sie sich doch morgens mal an, wie dicht gedrängt die Kinder in einem solchen Schulbus oder einer Straßenbahn sind. Da müssen Sie sich doch nicht wundern, dass Sie, wenn Sie sie am Morgen in den Schulbus drängen, am Abend Schwierigkeiten haben, den Kindern beizubringen, warum man sich nicht mehr miteinander treffen kann und Kontakte vermeiden sollte. Das geht doch nicht zusammen.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

So verlieren Sie das Vertrauen der Lehrerschaft, der Erzieherinnen und Erzieher und der Eltern.

Vertrauen in den Staat ist aber die schärfste Waffe, die wir zur Bekämpfung der Pandemie haben. Ohne dieses Vertrauen können wir dieses Virus nicht besiegen. Auch da gilt: Lassen Sie uns die Trendumkehr zum Modus der Krisenvorbeugung einleiten!

Deswegen brauchen wir dringend den von uns so oft geforderten Schulgipfel. Jetzt müssen alle Akteure an einen Tisch, und zwar sofort. Herr Laschet, wenn Sie das nicht tun, dann werden es eben wir tun.

(Beifall von der SPD)

Kein Flächenland in der Republik ist im Augenblick so stark von der Pandemie betroffen wie Nordrhein-Westfalen. Leider ist auch kein Flächenland so schlecht auf diese zweite Welle vorbereitet wie Nordrhein-Westfalen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Eine ständige High-Noon-Politik mit Notverordnungen, um in letzter Sekunde das Schlimmste zu verhindern, zerstört Vertrauen in der Bevölkerung.

Die Maßnahmen, auf die Sie, die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundesregierung, sich jetzt geeinigt haben, sind ein scharfer Einschnitt in individuelle Grundrechte. Sie beinhalten Berufsverbote, Versammlungsverbote, beschränken die Freizügigkeit und greifen sogar in das Familienleben hinein.

Wenn wir zu dem Schluss kommen, dass diese Maßnahmen notwendig sind, um die Gesundheit und das Leben unserer Bürgerinnen und Bürger zu schützen, dann müssen diese Maßnahmen von einer breiten Mehrheit des Parlaments demokratisch legitimiert werden. Das gehört sich jetzt in dieser schwierigen Zeit.

In aller Deutlichkeit sage ich auch, dass eine exekutive Notverordnungs politik für solche Eingriffe keine ausreichende Legitimation mehr ist.

(Beifall von der SPD)

Eine solche Legitimation bieten nur von demokratisch gewählten Mitgliedern des Bundestages und der Landtage beschlossene Gesetze.

Das ist übrigens auch der Grund, warum wir als Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen diese heutige Sondersitzung beantragt haben. Wir holen den Entscheidungsprozess dorthin zurück, wo er hingehört: in das demokratisch gewählte Parlament.

Zu lange war die Pandemiebekämpfung allein in den Händen der Regierung. Das hat sich ganz offensichtlich nicht bewährt. Das ist angesichts der anstehenden Entscheidungen unangemessen und muss korrigiert werden. Deshalb rufen wir Regierung und Landtag dazu auf, die Antipandemiemaßnahmen durch ein demokratisches Gesetzgebungsverfahren zu legitimieren. Das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall von der SPD)

Das wollen wir nicht nur machen, damit wir mitsprechen dürfen und weil wir uns irgendwie beteiligen wollen, sondern auch, um Rechtssicherheit zu schaffen.

Eben habe ich gesagt, wie tiefgreifend die Grundrechtseingriffe sind und wie wichtig es ist, dass all das, was wir den Menschen zumuten, gerichtlich überprüfbar ist und einer gerichtlichen Überprüfung standhält.

Schon zu oft scheiterte die Pandemiebekämpfung an Gerichtsurteilen und übrigens auch an handwerklichen Fehlern dieser Landesregierung. Ich erinnere nur an den erst zu späten und anschließend unverhältnismäßigen Lockdowneingriff im Kreis Gütersloh oder an die unrechtmäßige Staffelung der Grundschulöffnungen im Juni, als man nur bestimmte Klassen geöffnet hat.

All das haben Gerichte wieder korrigieren müssen, weil Ihre Schnellentscheidungen auf dem Verordnungsweg nicht gut durchdacht waren und die parlamentarische Mehrheit nicht hinter sich hatten. Das darf uns nicht wieder passieren.

Wenn die Landesregierung die neuen Maßnahmen nur auf dem Verordnungsweg umsetzt und dann auch noch handwerkliche Fehler macht, dann wird sie vor Gericht scheitern. Und dann sind wir mitten in einer Pandemie, in der sich ein aggressives Virus exponentiell verbreitet, plötzlich wehrlos, handlungsunfähig und ohne ausreichende Maßnahmen. Das darf auf keinen Fall passieren. Deswegen bieten wir Ihnen unsere demokratische Unterstützung an, um in einem ordnungsgemäßen Gesetzgebungsverfahren für Rechtsklarheit und Rechtssicherheit zu sorgen.

(Beifall von der SPD)

Sie brauchen auch überhaupt keine Angst vor dem Parlament zu haben. Die SPD-Fraktion ist bereit – das habe ich nicht nur einmal gesagt und habe es Ihnen, Herrn Laschet, auch mehrmals geschrieben –, sich konstruktiv an einem Gesetzgebungsverfahren zu beteiligen. Wir sind zu jeder Zeit – sieben Tage die Woche – bereit, hier zu Gesprächen und Sondersitzungen zusammenzukommen. Wir sind auch bereit, unpopuläre Maßnahmen zu beschließen, Verantwortung zu übernehmen und dies in öffentlichen Debatten zu verteidigen.

Dann erwarten wir aber auch, dass es einen Ministerpräsidenten gibt, der zu diesen Entscheidungen steht, statt wieder den Verlockungen des Opportunismus zu erliegen und sich bei der nächsten Gelegenheit von diesen harten unpopulären Entscheidungen abzusetzen.

Wir erwarten, dass niemals wieder Schulleiterinnen und Schulleiter, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Lehrerinnen und Erzieher von dieser Landesregierung für Missstände verantwortlich gemacht werden, die allein auf das Führungsversagen der Landesregierung zurückgehen.

(Beifall von der SPD)

Es muss Schluss sein mit Lehrerbeschimpfungen, mit Wissenschaftsbashing und mit der Fluchtbewegung aus der Verantwortung. Herr Laschet, Sie müssen den Gemeinschaftsgeist, an den Sie fortlaufend appellieren, auch selbst leben. Das wäre mal ein vernünftiges Signal aus der Landesregierung.

(Beifall von der SPD)

Wir unterbreiten Ihnen auch heute wieder unsere Vorschläge dazu, was man jetzt vorausschauend tun muss; Maßnahmen, die zur akuten Bekämpfung des Coronavirus notwendig sind. Dazu brauchen wir eine vorausschauende Politik. Das Abwarten der vergangenen Monate darf sich nicht wiederholen. Sie und wir gemeinsam müssen folgende Frage beantworten: Was tun wir jetzt, um nie wieder in eine solche Situation wie derzeit zu kommen? Die Pandemie wird schließlich nicht am 30. November vorbei sein.

Selbst wenn die Zahlen dann wieder zurückgegangen sind – was wir alle sehr hoffen, wenn die Maßnahmen fruchten und greifen –: Welchen Schluss wollen wir daraus ziehen? Ich hatte schon vor einigen Tagen einen Fünf-Punkte-Plan der SPD-Landtagsfraktion vorgestellt, um notwendige Kurskorrekturen zu erläutern. Die Redezeit erlaubt es nicht, hier alle einzelnen Punkte im Detail vorzustellen, aber über eines müssen wir uns im Klaren sein: Nordrhein-Westfalen braucht einen Plan für den 1. Dezember; für den Tag, an dem die dynamische Verbreitung des Virus mit entsprechenden Maßnahmen hoffentlich gebrochen worden ist.

Die Strategie muss auf Basis einer grundlegenden Erkenntnis entwickelt werden: Es gibt keinen Zielkonflikt zwischen der Bekämpfung der Pandemie und der Bekämpfung einer wirtschaftlichen Rezession. Die Bekämpfung des Virus ist die Bekämpfung der wirtschaftlichen Rezession. Mehr noch: Sie ist der Weg zurück in den Alltag. Aber eine wirksame Pandemiebekämpfung erfordert ein Umdenken.

Herr Laschet, Sie haben gerade wiederholt gesagt, wie Ihre Taktik aussieht: Kommt es zu erhöhten Infektionszahlen, ziehen wir die Schrauben wieder an und schränken die Freiheiten ein. Sinken die Infektionszahlen, lockern wir das alles wieder. – Ich habe schon einmal gesagt, dass ich diese Taktik für zu kurz gedacht, in Teilen sogar für falsch halte.

(Bodo Löttgen [CDU]: Unfassbar!)

Denn das ist keine Strategie zur Bekämpfung der Pandemie, das ist der Mechanismus, der die Ansteckungswellen in Schwung hält. Verbreitet sich das Virus schneller, laufen wir schneller und verschärfen die Maßnahmen. Wird das Virus langsamer, drosseln wir das Tempo, lockern die Maßnahmen, und das Virus kann sich erholen und neuen Anlauf nehmen. So kriegen wir es nicht unter Kontrolle.

(Beifall von der SPD)

Das ist der Mechanismus, der uns wieder in High-Noon-Situationen führt, die wir nicht mehr wollen.

Deswegen brauchen wir eine umfassende Test- und Impfstrategie. Wir dürfen uns heute auch nicht darauf beschränken, nur darauf zu schauen, wie wir Testkapazitäten bekommen. Der Impfstoff wird irgendwann

zur Verfügung stehen. Ist Nordrhein-Westfalen heute schon ausreichend darauf vorbereitet, diese Impfungen im Land zu verteilen? Auch das muss man jetzt in den Griff bekommen, das muss man jetzt planen.

Wir müssen unsere Gesundheitsämter schneller als bisher geplant, entlasten. Da muss mehr Kapazität hinein. Wir brauchen eine Großoffensive für mehr Menschen in den Gesundheitsämtern. Ordnen Sie mehr Landespersonal direkt an die Gesundheitsämter ab. Das ist eine wertvolle Maßnahme. Die Gesundheitsämter gehen auf dem Zahnfleisch, die dort Beschäftigten leisten wieder überobligatorisch hohen Einsatz.

Herzlichen Dank an dieser Stelle übrigens an all diejenigen in den Gesundheitsämtern, die versuchen, diese Krise zu meistern.

(Beifall von der SPD, Verena Schäffer [GRÜNE] und Josefine Paul [GRÜNE])

Eine weitere Anregung möchte ich Ihnen noch mitgeben: Bitte richten Sie in Nordrhein-Westfalen endlich einen geschlossenen Krisenstab ein; überlassen Sie es nicht mehr allein Herrn Laumann und dem Chef der Staatskanzlei. Ein geordnetes Regierungshandeln ist wichtig, dafür gibt es das Instrument des klassischen Krisenstabs. Das wäre sinnvoll und vernünftig, auch in unserem Land.

(Zurufe – Beifall von der SPD)

Spannen Sie bitte auch einen Schutzschirm für die Wirtschaft. Ich finde es gut – auch das hatten wir Anfang der Woche schon gefordert –, dass sich auf Bundesebene und im Kreise der Ministerpräsidenten durchgesetzt hat: Wer geschlossen wird, der muss auch entschädigt werden. – Das ist ein vernünftiger Ansatz. Schauen Sie aber bitte darauf, dass keiner durch das Raster fällt.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Wir wissen schon jetzt, dass diese ausschließliche November-2020-Lösung in vielen Branchen, bei vielen Solo-Selbständigen zu Problemen führen kann. Nutzen Sie den Rettungsschirm des Landes Nordrhein-Westfalen bitte nicht nur als Rettungsschirm für Ihren Finanzminister, sondern als Rettungsschirm für die Menschen in diesem Lande. Auch das wäre wichtig.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Zum Abschluss ist mir besonders wichtig, zu erklären, warum wir heute erneut mit Ihnen gemeinsam demokratische Verantwortung übernehmen; übrigens auch bei Tagesordnungspunkt 2. Gestern meldete Frankreich wieder über 500 COVID-19-Tote innerhalb von 24 Stunden. In Belgien steht das Gesundheitssystem kurz vor dem Zusammenbruch. In Spanien wurde der Staatsnotstand ausgerufen.

Warum sage ich das? – Um deutlich zu machen, dass die Gefahr, die von COVID ausgeht, nicht nur theoretisch und abstrakt ist. Diese Gefahr ist ganz konkret. Jede Stunde sterben in unseren Nachbarländern Menschen an COVID-19, und viele, die überleben, haben jahrelang unter den Folgeschäden zu leiden.

Wenn wir also drastische Maßnahmen beschließen, dann tun wir das nicht leichtfertig, und wir tun es auch nicht, um Weihnachten feiern oder Familienfeste retten zu können. Wir tun das, um eine Katastrophe auch in unserem Lande zu verhindern.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

In Frankreich und Belgien ist sie schon eingetreten. Wir haben noch die Chance, ihr zu entgehen. Doch keine Regierung und kein Parlament hat allein die Macht dazu. Wir können Regeln setzen und verschärfen, wir können Rettungsfonds auflegen, Impfstoffe und Tests organisieren und Schutzmaterial kaufen. Doch wenn die Menschen in unserem Land von diesen Regeln nicht überzeugt sind, können wir die Regeln auch nicht durchsetzen – jedenfalls nicht mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaats.

Unsere Waffe gegen das Virus ist das Vertrauen und der Zusammenhalt der Menschen, die wir als Abgeordnete in diesem Lande vertreten. Unsere Regeln und Maßnahmen sind nur der Rahmen für einen Gesellschaftspakt unter gleichen und freien Menschen in diesem Land. Du schützt mich, ich schütze dich, und gemeinsam schützen wir unsere Kinder und unsere Eltern. Was uns mächtiger als das Virus macht, ist die Kraft der Vernunft und die Macht der Solidarität. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass diese Solidarität in unserem Lande erhalten bleibt. – Herzlichen Dank! Glück auf, Nordrhein-Westfalen!

(Langanhaltender Beifall von der SPD – Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE] und Josefine Paul [GRÜNE])

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion redet nun ihr Fraktionsvorsitzender Löttgen.

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den vielen Rückwärtsbetrachtungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden,

(Widerspruch und Lachen von der SPD)

nach vehementer Kritik des SPD-Fraktionsvorsitzenden an SPD-geführten Landesregierungen, gestatten Sie mir, Herr Kutschaty, drei Vorbemerkungen.

(Lachen von Michael Hübner [SPD])

Erstens. Wir in Nordrhein-Westfalen kennen 40 % der Infektionsherde, im Bund sind es 25 %. Vielleicht fragen Sie erst mal in den SPD-regierten Städten Hamburg, Bremen und Berlin nach, woran das liegt, bevor Sie hier den Schlauberger geben.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD: Das bringt doch nichts! Das ist doch nicht angemessen, wie Sie jetzt damit umgehen!)

Zweitens. In der gestrigen Bundestagsdebatte sprach Herr Gauland von der AfD von einem Notstandskabinett. – Sie haben heute an diesem Pult den Begriff „Notstandsverordnungen“ benutzt. – Als ehemaliger Justizminister sollten gerade Sie wissen,

(Sarah Philipp [SPD]: Was soll das denn?)

dass das, was wir vorlegen, keine Notstandsverordnungen sind. Es sind Verordnungen, die auf § 10 Pandemiegesetz – das Sie mit beschlossen haben – fußen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das sind keine Notstandsverordnungen.

Drittens. Als ehemaliger Justizminister,

(Sarah Philipp [SPD]: Was ist das denn für ein Auftritt? – Zuruf)

als heutiger Fraktionsvorsitzender, als Jurist, sind Sie der Meinung, dass auch dann, wenn die Infektionszahlen drastisch sinken würden, die Beschränkungen für die Bevölkerung aufrechterhalten werden sollten? Genau das haben Sie eben gesagt, Herr Kutschaty. Da unterscheiden wir uns eben. Armin Laschet, dieser Ministerpräsident, wir als regierungstragende Fraktionen wollen die Beschränkungen, wenn Infektionszahlen sinken, auch wieder zurücknehmen. Das verhältnismäßige Regierungs- und Parlamentshandeln ist unsere Pflicht, und dabei werden wir auch bleiben, egal, was Sie wollen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir als Parlament tragen mit unseren Entscheidungen Verantwortung für die Freiheit und die Zukunftschancen der jüngeren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Aber wir tragen in gleichem Maße auch die Verantwortung für den Gesundheitsschutz und die Lebenschancen der Älteren und derjenigen mit Vorerkrankungen.

Wir tragen darüber hinaus in einer schwierigen, einer hochkomplexen und zum Teil unberechenbaren Lage auch Verantwortung für die Aufrechterhaltung und die Stärkung des gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, die Unterstützung von Familien, Alleinstehenden und Lebensgemeinschaften, die Ermöglichung von Arbeit und unternehmerischem Handeln, die Aufrechterhaltung von Wertschöpfungsketten und nicht zuletzt für die Sicherung und den Fort-

bestand der Arbeit einer großen Zahl von ehrenamtlich Engagierten in Vereinen, Verbänden und Zusammenschlüssen.

Die Frage, die wir uns heute hier in diesem Parlament stellen sollten, lautet: Nehmen wir diese Verantwortung vor dem Hintergrund der heute zu diskutierenden Beschlüsse und der damit verbundenen harten Einschränkungen auch in ausreichender Weise wahr? Meine Antwort lautet ohne Wenn und Aber und trotz aller Kritik: Ja.

Zukunftschancen für die Jüngeren zu erhalten heißt, Kitas, Schulen und Universitäten offen zu halten, auch in einer Krisensituation. Lebenschancen für Ältere zu verbessern heißt, Altenheime, Pflegeeinrichtungen, Mehrgenerationenhäuser offen zu halten. Es heißt, soziale Kontakte da als unverzichtbar einzustufen, wo sie das letzte Bindeglied zur Gesellschaft, quasi zur Außenwelt sind. Es heißt, Sterbenden in Krankenhäusern, auf Palliativstationen und in Hospizen einen menschenwürdigen Abschied im Kreis ihrer Familie und/oder ihrer Freunde zu ermöglichen.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Meine Güte!)

Die Anerkennung dieser beiden Prioritäten ist das Ergebnis eines Abwägungsprozesses, einer Beurteilung der Lage, in der bundesweit 75 % der Coronainfektionen nicht mehr nachverfolgbar sind, einer Lage, in der noch so gute Hygienekonzepte diese Nachverfolgung nicht mehr möglich machen, einer Lage, in der ohne sofortiges Eingreifen in mehreren Wochen, vielleicht in drei bis vier Wochen, bei exponentieller Entwicklung keine Intensivbetten mehr zur Verfügung stehen würden.

Bei heute festgestellten 18.681 Neuinfektionen in Deutschland, 5.396 davon in Nordrhein-Westfalen, bei einem Inzidenzwert von mehr als 100 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnern in ganz Deutschland hilft jetzt kein Debattieren mehr über Hätte, Wäre, Wenn und Aber. Wir müssen jetzt zur Abwendung eines Gesundheitsnotstandes mit allen Folgen für die Wirtschaft und Gesellschaft die Notbremse ziehen, damit dieser Infektionszug zum Stillstand kommt.

Jetzt hilft nur eines, wenn wir die Lage wieder beherrschbar machen wollen: Begegnungen in den unterschiedlichsten Alltagssituationen drastisch reduzieren, persönliche Kontakte für eine bestimmte Zeit drastisch verringern. Meine sehr geehrten Damen und Herren: Schützen, was uns wichtig ist! Verzichteten wir für einige Zeit auf das, was nicht unbedingt notwendig ist. Üben wir zeitlich begrenzten Verzicht gegenüber lieb gewonnenen Gewohnheiten.

Ich habe null Komma null Verständnis für diejenigen, die es heute und am Wochenende noch einmal so richtig krachen lassen wollen, die das Wochenende noch einmal in Ekstase verbringen möchten, wie heute Morgen im Radio zu hören war. Aber ich habe

eine Botschaft für diejenigen, die meinen, dass das unbedingt notwendig sei. Am 2. November beginnen für einen Monat befristete Beschränkungen. Das ist nicht das Jüngste Gericht. Einen Monat mal keine Party, keine Skatrunde, kein Stammtisch, kein Restaurantbesuch, kein Theaterbesuch, kein Kino, kein neues Tattoo, nicht notwendige medizinische Kosmetik, keine Massage, keine Ausflugsreisen, keine Urlaubsreisen, damit das, was uns wichtig ist, möglich bleiben kann.

Ist das zu viel verlangt von jedem Einzelnen? Ist es zu viel verlangt, wenn durch die Einhaltung dieser Regeln Infektionen verhindert, Krankenhausaufenthalte vermieden oder verkürzt und am Ende Leben gerettet werden können? Meine Antwort lautet: Nein, es ist nicht zu viel verlangt.

Viel verlangen wir dagegen denjenigen ab, die keine Kunden mehr bedienen dürfen, keine Besucher mehr haben, nicht mehr auftreten dürfen, die ihren Beruf nicht mehr ausüben können, ja, denjenigen, die Angst um den Bestand ihres Unternehmens und um ihre Zukunft haben. Sie verdienen unsere besondere Wertschätzung. Denn ihr verordneter Verzicht ermöglicht überhaupt erst die Wirksamkeit der Maßnahmen.

Deshalb haben sie auch besonderen Anspruch auf Unterstützung. Weil der Staat ihre Geschäfte schließt, ihre unternehmerische Tätigkeit verbietet oder ihre Auftritte nicht zulässt, ist der Staat auch in der Pflicht, den zugefügten Schaden zu ersetzen. Das gestern von Finanzminister Olaf Scholz und Wirtschaftsminister Peter Altmaier vorgestellte Hilfs- und Unterstützungsprogramm in Höhe von 10 Milliarden Euro ist daher keine milde Gabe, sondern ein notwendiger Akt gesellschaftlicher und staatlicher Solidarität.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Freiheit ist nicht das Recht des Stärkeren, Freiheit ist auch nicht die Freiheit, die Regeln bewusst zu verletzen, sondern Freiheit in dieser Pandemie ist Verantwortung, und die verlangt von uns jetzt für eine begrenzte Zeit, sich an neue Regeln zu halten.

Verantwortung zu übernehmen ist aber mehr, als sich selbst zu schützen, und darf sich nicht in Interpretationen von Eigenverantwortung erschöpfen. Nein, diese Krisensituation verlangt unabdingbar neben dem Sich-selbst-Schützen von uns Solidarität, verlangt von uns, verlangt von jedem Einzelnen die Erkenntnis, dass er mit seinem Handeln auch den Schutz anderer gewährleisten muss.

Aber auch der eigene Schutz und das solidarische Handeln zum Schutz anderer hat Grenzen. Gestern konnte man den Medien entnehmen: Bayern setzt bei der Kontrolle von Verstößen gegen die Kontaktbeschränkungen in Privatwohnungen auf Hinweise und Anzeigen von Nachbarn.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Ich halte das für grundfalsch.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wer als Staat Regeln setzt, darf sich nicht darauf verlassen, dass Bürgerinnen und Bürger die Arbeit für ihn erledigen. Ich bin dem Ministerpräsidenten unseres Landes, ich bin Armin Laschet dankbar, dass er hier immer wieder ein deutliches Stoppzeichen aufgestellt hat. Wir stehen dazu, die Formulierung aus dem geeinten Papier eins zu eins zu übernehmen. Gruppen feiernder Menschen in Wohnungen und privaten Einrichtungen sind angesichts der ernsten Lage inakzeptabel. Bund und Länder wirken bei den verstärkten Kontrollen zusammen – nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Eines der Wesensmerkmale unserer parlamentarischen Demokratie ist die Mitbestimmung und Mitverantwortung vieler, ...“

Das hat gestern im Bundestag SPD-Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich gesagt. Das gilt auch in schwierigen Zeiten, hat er hinzugefügt. Mit was? Mit Recht.

Was aber, wenn die Akteure dieser parlamentarischen Demokratie Mitbestimmung fordern, aber Mitverantwortung ablehnen? Dann sind wir bei den angeblichen Volksvertretern, die in vorderster Reihe bei Demonstrationen gegen Maßnahmen mitmarschieren, bei denjenigen, die mit Begriffen wie „Notstandskabinett“ und „Coronadiktatur“ ihr billiges und dünnes politisches Süppchen köcheln, bei denjenigen, die mit ihrem politischen Wasserpistolenballett braune Soße als gesellschaftliches Gift in alle Richtungen verschießen in der Hoffnung, es möge etwas hängenbleiben. Mit anderen Worten: Wir sind bei der AfD und ihren Unterstützern.

Wenn für die AfD gestern Herr Gauland in der Bundestagsdebatte Friedrich Schiller mit dem Satz zitiert „Das Leben ist der Güter höchstes nicht!“, dann zeigt das nur, aus welchen vergangenen Jahrhunderten sich die AfD geistig nährt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Schiller kannte kein Grundgesetz; er lebte nicht in einer Demokratie. Aber wir leben in einer Demokratie, die unseren Bürgerinnen und Bürgern den besonderen Schutz des Art. 2 GG – „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ – garantiert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich will deshalb der AfD im Gegenzug auch ein Zitat von Schiller mit auf den Weg geben: „Dein Weg ist krumm, er ist der meine nicht.“ Ich füge hinzu: Er wird es auch niemals werden.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, Herr Kutschaty hat ja eben hier an diesem Rednerpult ein wenig den Eindruck erweckt, dieses Parlament sei bisher irgendwie so etwas wie ein unbeteiligter Beobachter bei der Bekämpfung der Coronapandemie gewesen. Dann, muss ich ehrlich sagen, Herr Kutschaty, haben Sie in den letzten Monaten entweder geschlafen oder wussten nicht, worüber Sie abgestimmt haben.

(Sarah Philipp [SPD]: Das hat er nicht gesagt! – Zuruf von der SPD: Sie haben nicht zugehört!)

Die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung in unserem Land begründen sich ausschließlich auf den Entscheidungen dieses nordrhein-westfälischen Landtages. Nordrhein-Westfalen ist das einzige Bundesland, das sich im April mit dem Gesetz zur konsequenten und solidarischen Bewältigung der COVID-19-Pandemie und zur Anpassung des Landesrechts im Hinblick auf die Auswirkungen der Pandemie eine gesetzliche Handlungsgrundlage mit Befristung und mit Zustimmungsvorbehalten dieses Parlaments gegeben hat.

Aber – das will ich ebenso wie Sie hinzufügen – wir als CDU-Fraktion stehen der Konkretisierung dieser gesetzlichen Vorschrift an bestimmten Stellen und möglicherweise weiteren begründeten Zustimmungsvorbehalten und Berichtspflichten sowie notwendigen Begründungen für Rechtsverordnungen natürlich vollkommen offen gegenüber und sind zu Gesprächen mit allen demokratischen Parteien bereit. Keine gute Idee zur Bekämpfung dieser Coronapandemie darf verlorengehen.

Das ist übrigens ein Grund, warum wir bereits jetzt in unseren Antrag zur Wiedereinsetzung der pandemischen Lage von landesweiter Bedeutung die Anregung zu einer verkürzten Laufzeit dieser Regelungen, damit wir schon Ende November auf der Grundlage einer möglicherweise anderen Lageeinschätzung wieder darüber diskutieren müssen oder können, sowie die Anregung zur fortlaufenden Berichterstattung der Landesregierung gegenüber dem Parlament aufgenommen haben.

(Vereinzelt Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Unser Auftrag für die kommenden Wochen lautet jetzt, die Zeit notwendiger, aber eben auch befristeter Einschränkungen gut zu nutzen, um eine ständige Wiederholung von Lockdowns und Lockerungen, Virusausbreitung und -eindämmung zu verhindern.

Dazu werden wir in der NRW-Koalition gemeinsam mit der Landesregierung und auch gerne mit Unterstützung aus der Opposition Vorschläge auf den Tisch legen, um durch Stärkung und digitale Modernisierung der Gesundheitsämter die Kontaktnachverfolgung möglichst auf ein neues Level zu heben,

damit Privatleben, Geschäftsleben und wirksamer Gesundheitsschutz auch in Pandemiezeiten nach dem 30. November in ein verträgliches Gleichgewicht kommen.

Darüber hinaus ist es uns wichtig, durch handhabbare Methoden Antigenschnelltests zuerst und sicherlich noch einige Zeit nur für die vulnerablen Personengruppen, also die Älteren und Vorerkrankten, schnellstmöglich verfügbar zu machen. Danke –

(Bodo Löttgen [CDU] wendet sich Ministerpräsident Armin Laschet zu.)

das hat der Ministerpräsident ja schon angekündigt –, sie sind da. Damit wollen wir die Infektionszahlen in Altenheimen, Krankenhäusern und ähnlichen Einrichtungen möglichst auf einem niedrigen Niveau stabilisieren.

Spätestens mit Wirkung zu Beginn des Jahres 2021 muss bei beiden Punkten ein substanzieller Fortschritt erzielt werden. Wir wollen und können es uns nicht erlauben, in einem ständigen Zyklus von Einschränkungen und Lockerungen zu landen, der die Akzeptanz unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger nur herausfordern würde.

Dabei ist es wichtig und richtungsweisend, dass die Länder gemeinsam an einem Strang ziehen, um die aktuelle Ausbreitung des Coronavirus in den Griff zu bekommen. Mein ausdrücklicher Dank gilt allen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, die parteiübergreifend einen solchen Akt der Einigkeit geschaffen haben, und diese Einigkeit wünsche ich mir auch für die kommenden Beratungen hier im Landtag.

Nach intensiven Beratungen, nach Abwägung der Folgen von Grundrechtsbeschränkungen sind wir, die CDU-Fraktion, der begründeten Auffassung, dass die Maßnahmen, die gestern durch das Landeskabinett beschlossen wurden, einem legitimen Zweck dienen und als legitimes Mittel zu diesem Zweck geeignet, erforderlich und angemessen sind.

Der viel zu wenig beachtete Grundsatz der Verhältnismäßigkeit untersagt dem Staat, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen. Daher in Kürze eine eher formale Begründung, warum wir entsprechend diesem Grundsatz von Verfassungsrang, warum wir verfassungsgemäß und verhältnismäßig gehandelt haben:

Die drastische Einschränkung von Kontakten auch durch die Schließung von nicht unbedingt zum Leben erforderlichen Einrichtungen ist ein legitimer und geeigneter Zweck, weil mit seiner Hilfe der gewünschte Erfolg gefördert werden kann und mit Sicherheit die erforderliche Möglichkeit der Zweckerreichung besteht.

Kern der Prüfung ist: Sind die Kontaktbeschränkungen und Schließungen von Unternehmen und Dienstleistern erforderlich? – Das Mittel ist zur Zweck-

erreichung erforderlich, wenn der Gesetzgeber nicht ein anderes gleich wirksames, aber das Grundrecht nicht oder doch weniger fühlbar einschränkendes, sprich milderes Mittel hätte wählen können, sagen die Verfassungsjuristen.

Ich sage: Mir ist in dieser Situation kein milderes Mittel bekannt, das sofort geeignet ist, den gewünschten Erfolg, also die notwendige drastische Verringerung von Infiziertenzahlen mit der Wirkung der ausbleibenden Überlastung unseres Gesundheitssystems, zu erreichen.

Schlussendlich die Prüfung der Angemessenheit: Das gewählte Mittel ist angemessen zur Zweckerreichung, wenn das Maß der den Einzelnen betreffenden Belastungen noch in einem vernünftigen Verhältnis zu den der Allgemeinheit erwachsenden Vorteilen steht. Zugegeben: Das ist schwerer juristischer Tobak. Aber der Fokus der Angemessenheit liegt im Begriff „Gesamtabwägung“.

Diese Gesamtabwägung ist zugunsten der neuen Einschränkungen ausgegangen: Abwägung von Leben gegen befristete Schließungen, Abwägung von Reduzierung der Neuinfektionen gegen befristete Kontaktbeschränkungen, Abwägung des Offenhaltens von Schulen und Kitas gegen Reisefreiheit. Das Maß der Einschränkungen für den Einzelnen steht hinter den Zielen des Schutzes von Leben und Gesundheit und der Abwendung eines Gesundheitsnotstands mit allen Folgen eines damit verbundenen Defizits für Wirtschaft und Gesellschaft zurück. Die vorgenommenen Einschränkungen sind also angemessen.

Legitim, geeignet, erforderlich und angemessen – auch wenn diese juristischen Prüfsteine abgearbeitet sind, auch wenn sie in Zukunft überprüft werden, auch wenn die nun zum 2. November in Kraft tretenden Einschränkungen verhältnismäßig sind, bleibt eines, das mehr als alles andere notwendig ist, um die Herausforderungen der Viruspanemie erfolgreich zu meistern: Trotz harter und belastender befristeter Maßnahmen – wir in Deutschland, wir in Nordrhein-Westfalen haben von April bis August gezeigt, dass wir der Pandemie mit Regeln und der Disziplin, sie zu befolgen, trotzen können. Diesen Geist und diesen Willen brauchen wir jetzt erneut.

Ich bitte daher mit aller gebotenen Demut vor den zugefügten Zumutungen erneut um die notwendige Vernunft und die Solidarität aller Bürgerinnen und Bürger, damit die Maßnahmen zu dem von allen dringlich ersehnten Erfolg führen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen spricht jetzt eine der beiden frisch gewählten Fraktionsvorsitzenden, nämlich Frau Kollegin Schäffer. Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl!

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Verena Schäffer^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die bedrohlich steigenden Infektionszahlen zeigen uns, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt. Das wissen auch die allermeisten Bürgerinnen und Bürger. Sie haben Verständnis für die sehr einschneidenden Maßnahmen, obwohl es sie wieder an die Grenzen der Belastbarkeit bringen wird.

Wir dürfen die Unterstützung und die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger bei diesem gemeinsamen Ziel, die Infektionszahlen zu senken und das Gesundheitssystem vor einer Überlastung zu bewahren, nicht verlieren. Ich bin davon überzeugt, dass wir diese Akzeptanz in der Bevölkerung nur erhalten und stärken können, wenn wir die Entscheidungen aus den Verhandlungszimmern, aus den Videokonferenzen der 16 Länderchefs und der Kanzlerin herausholen und hier im Parlament öffentlich und transparent diskutieren. Denn das Parlament ist die Herzkammer der Demokratie. Hier ist der Ort für Wort und Widerwort. Hier muss das Ringen um die besten Lösungen stattfinden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ja, ich sehe auch uns als Oppositionsfraktion in der Verantwortung. Wir Grüne haben immer deutlich gemacht, dass wir kritisch und konstruktiv das Regierungshandeln begleiten werden. Denn wir alle tragen Verantwortung für den Schutz unserer Bevölkerung und insbesondere für die Risikogruppen sowie dafür, eine Überforderung des Gesundheitssystems zu verhindern.

In den täglichen Lageberichten zu Corona, die wir vom MAGS erhalten, kann man seit Tagen beobachten, dass die Fallzahlen in den Krankenhäusern deutlich ansteigen. Seit Tagen ist die NRW-Karte dunkelrot eingefärbt, und wenn ich darüber nachdenke, dass wir über Inzidenzwerte von 35 oder 50 als Schwellenwerte für neue Maßnahmen diskutiert haben, dann erscheint dies aus der heutigen Perspektive fast absurd, so hoch sind die Zahlen inzwischen.

Dass etwas passieren muss, um dem Virus zu begegnen, ist aus meiner Sicht völlig unstrittig. Es ist höchste Zeit, zu handeln. Umso weniger ist das Getöse von Christian Lindner und Teilen der FDP nachvollziehbar,

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

und ich finde es auch nicht glaubwürdig, wenn Lindner im Bundestag hart kritisiert, die FDP-Fraktion hier

aber zustimmt. Wenn dann wenigstens Alternativvorschläge kämen, wie man mit den hohen Infektionszahlen umgehen kann! – Ich muss ganz ehrlich sagen: Dieser Auftritt der FDP derzeit hat für mich wenig mit verantwortungsvoller Politik zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN und Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

Klar ist aber auch: Im Gegensatz zum März sind wir heute weiter. Wir wissen mehr darüber, wie sich das Virus verbreitet, und wir wissen, dass Alltagsmasken wirken. Gerade deshalb ist die Kritik an einer pauschalen Schließung in den Bereichen der Gastronomie, der Kultur und des Sports durchaus nachvollziehbar. Die Betreiber von Restaurants und Cafés, die Soloselbstständigen, die Theatermacher, die Kinobesitzer fragen doch zu Recht, weshalb sie im Sommer an ausgefeilten Hygienekonzepten gearbeitet haben und in Schutzmaßnahmen investiert haben, wenn sie jetzt doch diejenigen sind, die als Erste wieder dichtmachen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zur Wahrheit gehört auch, dass wir nicht mehr mit Bestimmtheit sagen können, wo die Ansteckungsorte sind. Aus der Erkenntnis, dass viele Infektionen auf den privaten Bereich zurückzuführen sind, kann meines Erachtens umgekehrt nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, dass es etwa im Theater oder in der Straßenbahn kein Ansteckungsrisiko gibt. Wir wissen es schlichtweg nicht.

Natürlich hat das inzwischen auch – nicht nur, aber auch – etwas mit der Überforderung der Gesundheitsämter zu tun, weil nicht mehr jeder Kontakt zurückverfolgt werden kann. Jetzt ist endlich Geld für mehr Personal in den Gesundheitsämtern da, aber ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich nicht nachvollziehen kann, warum man nicht früher in die personale Aufstockung und in die digitale Ausstattung der Gesundheitsämter investiert hat.

Herr Laumann und Herr Laschet, ich finde, dass Sie an dieser Stelle Ihre Verantwortung vernachlässigt haben. Sie hätten hier Vorsorge treffen müssen. Die personelle Ausstattung der Gesundheitsämter ist doch ein Beispiel dafür, dass diese Landesregierung endlich vom Krisenmodus wegkommen und ein Vorsorgemanagement betreiben muss.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Laschet, es würde schon helfen, endlich den vorgehaltenen Krisenstab der Landesregierung zu aktivieren. Wir müssen ihn gar nicht erst einrichten, sondern den gibt es ja. Es gibt einen Krisenstab. Alle Bezirksregierungen, alle Kreise, alle kreisfreien Städte haben ihre Krisenstäbe längst aktiviert. Insgesamt sind es 58 Krisenstäbe in diesem Land, die die Arbeit koordinieren. Nur ausgerechnet ein Krisenstab tagt nicht: der Krisenstab der Landesregierung.

Das steht sinnbildlich für das Krisenmanagement dieser Landesregierung. Herr Laschet, nutzen Sie die Kompetenz Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Krisenstab! Das würde insbesondere der bisher chaotischen Kommunikation mit den Kommunen abhelfen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte an die Zeit im Frühjahr zurückerinnern. Es war eine Zeit, die sehr geprägt war von Solidarität in der Gesellschaft. Diese Solidarität brauchen wir jetzt wieder. Solidarität zu zeigen, heißt für mich neben dem Schutz von Risikogruppen auch Solidarität mit denjenigen, die besonders von der Krise betroffen sind. Das sind diejenigen, die am Montag nicht mehr auf der Bühne stehen, die ihre Cafés, ihre Tanzschulen, ihre Kinos schließen müssen. Für viele ist das wirklich eine bedrohliche Krise.

Deshalb müssen die angekündigten Hilfen für Betriebe und für Selbstständige jetzt wirklich ankommen. Sie müssen schnell und unbürokratisch sein. Insbesondere die Soloselbstständigen gehörten zu den ersten, die durch die Einschränkungen im März ihren Betrieb einstellen mussten, und sie sind diejenigen, die im November keinen einzigen Euro Umsatz erzielen können.

Wir Grüne haben von Beginn an einfache und transparente Unterstützungsmaßnahmen vorgeschlagen, damit niemand durchs Raster fällt. Deshalb muss nun endlich der Unternehmerlohn für Soloselbstständige und Freiberufler kommen. Auch das ist für mich ein Ausdruck von Solidarität.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wer in dieser Krise aber wieder einmal vergessen wird – sie sind auch heute überhaupt noch nicht benannt worden –, sind die Studierenden. Das Überbrückungsgeld des Bundes, das wegen der hohen Anforderungen auch schon zuvor viel zu wenige Studierende erreicht hat, ist zu Beginn dieses Monats ausgelaufen. Wenn ab Montag die Cafés schließen und wenn auch in vielen anderen Bereichen, in denen Studierende Nebenjobs haben, geschlossen wird, dann wird das zu einem echten Problem.

Die Studierenden gehören ohnehin schon zu einer Gruppe, die hart getroffen wird, wenn Auslandssemester verschoben werden, wenn vorgeschriebene Praktika nicht durchgeführt werden können. Wenn dann noch Studierende aus finanziellen Gründen ihr Studium abbrechen müssen, dann trifft es aus meiner Sicht auch ganz empfindlich die Generationengerechtigkeit in diesem Land. Hier erwarte ich von der Landesregierung, dass sie endlich Programme auflegt und die Studierenden in Not absichert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich finde, dass zur Generationengerechtigkeit auch die Frage gehört, wie wir mit Kindern, Jugendlichen

und älteren Menschen in unserer Gesellschaft umgehen. Ich bin erleichtert, dass es inzwischen einen politischen Konsens darüber gibt, dass Kinder, Jugendliche und ältere Menschen nicht erneut zu den Leidtragenden dieser Pandemie werden dürfen. Dazu gehört auch, dass Möbelhäuser nicht wichtiger sind als Kitas und Spielplätze. Natürlich ist die Bildungsgerechtigkeit ein Argument. Das andere wichtige Argument ist aber der Kinderschutz.

Was mir in der Debatte häufig ebenfalls fehlt: Auch die Gesundheit der Eltern ist ein Thema. Die Monate März bis Mai dieses Jahres waren für viele Eltern mit kleinen Kindern ohne jegliche Betreuungsinfrastruktur eine verdammt harte Zeit. Ich weiß, wovon ich spreche. Wenn dann noch berufliche Existenzängste dazukommen, war das wirklich eine verdammt harte Zeit für diese Familien. Deshalb muss es in dieser schwierigen Zeit auch Solidarität mit diesen Familien geben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir wissen, dass es natürlich auch in Kitas und Schulen zu Ansteckungen kommen kann. Das ist ja klar. Deshalb ist es für mich eine Frage der gesellschaftlichen Prioritätensetzung, welche Einrichtungen geöffnet bleiben können und welche nicht. Das entbindet die Landesregierung aber nicht von der Verantwortung gegenüber Erzieherinnen und Erziehern und Kindern in den Kitas sowie gegenüber Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften in den Schulen.

Die Landesregierung muss im Bereich der Schule nachlegen. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Schulministerin auch Ende Oktober zum Beispiel noch keine Strategie für kleinere Lerngruppen hat oder warum es keine Förderrichtlinie für die Förderung von Luftfilteranlagen gibt. Es ist ja schön, wenn Geld bereitgestellt wird, aber dann müssen auch die Förderrichtlinien veröffentlicht werden, damit es endlich an die Anschaffung gehen kann.

Insgesamt hinterlässt die Schulministerin den Eindruck, als wäre sie vom Herbst gnadenlos überrascht worden. Aber wie kann das eigentlich sein? Zu Beginn der Pandemie haben zahlreiche Expertinnen und Experten vorausgesagt und uns davor gewarnt, dass es eine zweite Welle im Herbst geben wird.

Denken wir an den März und an das Frühjahr zurück: Schon im Frühjahr hat die Schulministerin die Osterferien nicht genutzt, um sich auf eine Öffnung der Schulen vorzubereiten. Im Sommer ist nichts passiert. In den Herbstferien ist nichts passiert. Da muss ich sagen: Frau Ministerin, mit dieser Arbeitsverweigerung gefährden Sie auch den Zusammenhalt und die Akzeptanz von Maßnahmen. Ich finde das nicht in Ordnung und fordere Sie auf, endlich tätig zu werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe gerade von der Prioritätensetzung gesprochen, welche Einrichtungen offenbleiben und welche geschlossen werden müssen. Dabei geht es auch um die Bewohnerinnen und Bewohner in den Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen. In den Heimen darf es nicht wieder zu einer Isolierung von Bewohnern kommen.

Wir Grüne haben schon im Mai eine Teststrategie gefordert. Wenn es jetzt eine regelmäßige Testung von Personal, Bewohnern und Besuchern sowie Schutzkleidung geben soll, ist das gut; aber das muss auch tatsächlich in den Einrichtungen ankommen und dort auch umgesetzt werden.

Ich hoffe, dass wir bei einem sehr wichtigen Punkt einen fraktionsübergreifenden Konsens haben: Diese Pandemie darf nicht wieder zur Vereinsamung führen; auch das ist für mich in Bezug auf ältere Menschen eine Frage von Generationengerechtigkeit.

Ein Punkt fehlt bislang in der Debatte. Herr Laschet, ich muss Ihnen ehrlich sagen: Diese Frage haben Sie nicht beantwortet und dazu auch nichts gesagt. Es ist völlig ungeklärt. Auch im Beschluss der MPK fehlen nämlich die Antworten auf die Fragen, wie es eigentlich ab dem 1. Dezember 2020 weitergeht.

Wie verhindern wir denn, dass es nicht zu einer dritten oder vierten Welle kommt? Was ist denn, wenn die Maßnahmen, die ab nächstem Montag eingeleitet werden, eben nicht den gewünschten Effekt haben und die Zahl der Neuinfektionen bis Dezember nicht sinkt? Was ist denn der Plan der Landesregierung? Wie gehen wir dann weiter damit um?

Ich erwarte von der Landesregierung auch, dass sie die nächsten vier Wochen nutzt, um Konzepte für ein Leben mit dem Virus vorzulegen, denn unsere Gesellschaft und unser Land können es sich schlichtweg nicht leisten, dass das öffentliche und soziale Leben immer wieder eingeschränkt und in Teilbereichen sogar komplett eingestellt werden muss.

(Beifall von den GRÜNEN)

In zwei Wochen spricht die Kanzlerin wieder mit den Länderchefs. In zwei Wochen wird auch der nordrhein-westfälische Landtag wieder tagen. Es wird Sie nicht überraschen, Herr Laschet, dass wir Grüne dann Antworten auf diese Fragen erwarten.

Wir Grüne wollen, dass das Parlament der Ort ist, an dem die zentralen Debatten über die Herausforderungen an unsere Gesellschaft geführt werden. Das Parlament ist der Ort der Gesetzgebung und der Kontrolle der Landesregierung.

Über ein halbes Jahr nach Beginn der Pandemie ist es endlich an der Zeit, die verschiedenen Regelungen auf eine solide gesetzliche Grundlage zu stellen. Ich freue mich, wenn wir vielleicht inzwischen in eine ähnliche Richtung diskutieren und weiterkommen.

Mir persönlich ist es wichtig, dass wir Transparenz und Klarheit schaffen, dass hier im Parlament eine gründliche Abwägung von Grundrechtseingriffen stattfindet und wir damit auch die Rechtssicherheit stärken.

Damit komme ich wieder zum Anfang meiner Rede zurück: Ich bin wirklich der festen Überzeugung, dass eine öffentliche und transparente Debatte das Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat und die Akzeptanz solcher einschneidenden Maßnahmen fördert und erhöht.

Wir brauchen die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger zur Bekämpfung dieser Pandemie, denn nur gemeinsam können wir dieses Virus wirksam bekämpfen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche* (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal herzlichen Dank an den Ministerpräsidenten Armin Laschet für die Informationen und die Unterrichtung am heutigen Morgen sowie für die sehr kluge Beschreibung der Situation und der Lage in Nordrhein-Westfalen.

Bevor ich in sechs Punkten auf diese Lage eingehen möchte, erlauben Sie mir kurze Bemerkungen zu den geschätzten Kollegen Kutschaty und Schäffer, die sich gerade am Rednerpult geäußert haben.

Herr Kollege Kutschaty, manchmal gibt es Situationen, in denen man Schwierigkeiten hat, sich selbst einzuschätzen. Manchmal kommt es auch vor – das liegt in der Natur der Sache –, dass man sich vielleicht überschätzt. Als Sie eben am Rednerpult gesagt haben, die Regierung bzw. die NRW-Koalition hätte Angst vor der SPD, scheint mir das eine Art Überschätzung gewesen zu sein.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie haben einen Schulgipfel in Nordrhein-Westfalen gefordert, wofür ich Sie loben muss, denn ich finde es gut, wenn sich die SPD nach den sieben Jahren Regierungsverantwortung mit den Grünen

(Zurufe von der SPD: Ach herrje! Oh!)

mal wieder an die Schulpolitik erinnert. Aus diesem Grund sind Sie nämlich 2017 abgewählt worden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Herr Kutschaty kritisiert den Ministerpräsidenten, weil er hier gesagt hat, er würde die Einschnitte in die Grundrechte der Bevölkerung wieder zurücknehmen, wenn sich die Krisenlage verbesserte.

(Zuruf von der SPD: Das ist nicht wahr!)

Bodo Löttgen ist auch schon darauf eingegangen: Wir haben hier schon oft gemeinsam über die richtige Balance zwischen Staat und privat diskutiert; das ist eine Herzensangelegenheit von SPD und FDP.

(Michael Hübner [SPD]: Privat vor Staat ist Ihre Herzensangelegenheit!)

Es ist auch gut, dass darüber diskutiert und manchmal sogar gestritten wird. Für die FDP ist aber völlig klar: Die Bürgerinnen und Bürger schenken uns in dieser Krise ihr Vertrauen und verzichten großzügig und vorübergehend auf ihre Grundrechte. Wenn sich die Lage aber wieder verbessert, müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern genau diese Grundrechte zurückgeben; ansonsten haben wir ihr Vertrauen nicht verdient.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Verehrte Verena Schäffer, Klasse, dass wir uns jetzt auch als Fraktionsvorsitzende unterhalten. Sie haben Ihre Rede mit der Äußerung begonnen: Die Grünen werden sich immer konstruktiv an der Regierungspolitik dieser NRW-Koalition beteiligen. – Das war ein guter Einstieg.

Dann sprachen Sie plötzlich von Arbeitsverweigerung der Regierung. Man kann unterschiedlicher Meinung über das sein, was wir tun, wie man sich entscheidet, und welche Prioritäten man setzt. Der Regierung aber den Vorwurf zu machen, nicht zu arbeiten, haben wir Ihnen noch nicht einmal damals gemacht, obwohl er vielleicht berechtigt gewesen wäre.

(Beifall von der FDP und der CDU – Lachen von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Da musst du doch selbst lachen!)

Dann kommen Sie zur Kritik an der FDP; das machen Grüne gerne. Das war aber nur pauschal und sachlich gar nicht begründet. Von Monika Düker war ich anderes gewohnt,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

die gesagt hat: Christof Rasche, da liegt die FDP falsch, nämlich aus folgenden Gründen. – Aber die pauschalen Verurteilungen, die pauschale Kritik belegen doch nur die Strategie der Grünen: Die Grünen wollen zurück an die Macht. Sie wollen die verfehlte Politik von 2010 bis 2017 in den Bereichen „Schule“, „Verkehr“ und „Wirtschaft“ sowie ihre Politik für den ländlichen Raum fortsetzen. Unterschätzen Sie nicht das Erinnerungsvermögen der nordrhein-westfälischen Bevölkerung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Damit komme ich zu meinen sechs Punkten zur aktuellen Krise.

Erstens. Die Lage ist außergewöhnlich. Vom Tempo der Infektionsentwicklung sind alle überrascht. Keiner hat damit gerechnet; das geben die Ärzte zu, das geben die Virologen zu, das gibt die Regierung zu, und das gibt auch die Koalition zu. Es wäre nur fair und objektiv, wenn auch die Opposition das zugeben würde.

Die Belegung der Intensivbetten steigt. NRW ist mit hohen Zahlen betroffen, was insbesondere an der Bevölkerungsdichte in weiten Teilen des Landes liegt. Das Herunterfahren einzelner Bereiche und auch die Kontaktbeschränkungen sind grundsätzlich richtig.

Zweitens. Die Lösungen sind schwierig, denn zu viele Fragen können wir bis heute nicht beantworten. Wie soll man dann Lösungen präsentieren?

Deshalb haben wir als Freie Demokraten großes Verständnis dafür, dass in Deutschland unterschiedlich gedacht wird; Denken ist nämlich erlaubt. Wir haben großen Respekt vor allen Beteiligten, die sich einbringen, die Entscheidungen treffen. Ob sie dafür gelobt werden oder kritisiert werden: Sie bringen diesen Mut auf, auch wenn wir nicht alle Entscheidungen teilen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Drittens. Die FDP – das durfte ich am Rednerpult auch – hat mehrfach ihre Ziele formuliert. Wir haben immer gesagt: Wir wollen das Gesundheitssystem und die Krankenhäuser nicht überfordern. Auf der anderen Seite wollen wir die Wirtschaft aber möglichst offenhalten und Arbeitsplätze sichern. Wir wollen nach Möglichkeit auch das gesellschaftliche Leben erhalten. Wir haben das immer als Dreiklang verstanden, denn wir wollten alle drei Ziele erreichen.

Wir haben in vielen Debatten auch in den Ausschüssen immer wieder gesagt: Es ist besser, Regeln zu kontrollieren und durchzusetzen, anstatt immer wieder neue Verbote auszusprechen.

Zudem haben wir immer dafür geworben, die Regeln so zu gestalten, dass sie eine breite Akzeptanz finden. Ohne eine breite Akzeptanz der Regeln in der Bevölkerung werden wir diese Krise nicht meistern können. Es geht nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir müssen also alle unsere Entscheidungen richtig abwägen, und wir müssen – wir haben keine andere Wahl – mit diesem Virus leben.

Viertens. Wir haben durchaus auch aktuell viele Ziele erreicht. Dazu muss man stehen, und das sollte man auch benennen: Schulen und Kindergärten bleiben

offen. Nordrhein-Westfalen hat als erstes Bundesland in Deutschland eine Bildungsgarantie abgegeben. Jetzt ist diese Bildungsgarantie Teil des Beschlusses von Bund und Ländern, obwohl es auch andere Stimmen in anderen Bundesländern dazu gab. Kinder sind definitiv keine Treiber der Pandemie, und die Kinder dürfen nicht die Verlierer dieser Krise werden.

(Beifall von der FDP)

Der größte Teil der Wirtschaft bleibt offen. Auch das ist gut. Das Aufkommen von Kunden im Handel – das ist nur eine Kleinigkeit – ist jetzt mit zehn Quadratmetern pro Person völlig in Ordnung.

Der Schutz der Privatwohnung bleibt bestehen. Karl Lauterbach, SPD, hat das angezweifelt. In Bayern gibt es diesen Schutz der eigenen vier Wände nicht mehr. Da handelt jemand radikal, der zuvor 16 Tage lang die „WirtshausWiesn“ zugelassen hat. Es ist kein Wunder, wenn einen diese Fehler später einholen und man dann so radikal gegen demokratische Überzeugungen agieren muss.

Fünftens. Es gibt – das gehört zur Wahrheit, und nur, wenn wir uns damit befassen, können wir die Menschen in Nordrhein-Westfalen mitnehmen – auch Enttäuschungen. In vielen Bereichen wie Gastronomie, Kultur, Tourismus und Sport sowie der Event- und Schaustellerbranche wurden Hygienekonzepte entwickelt, die erfolgreich waren und die tatsächlich funktioniert haben. Trotzdem werden diese Bereiche zum Schutz der Bevölkerung ganz überwiegend dichtgemacht.

Die FDP-Landtagsfraktion ist nach wie vor – es gibt ja auch keinen Grund dagegen – von diesen Hygienekonzepten überzeugt. Wir als FDP-Landtagsfraktion halten die eine oder andere Maßnahme schon für überzogen.

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

Das ist, Frau Schäffer, kein Stehlen aus der Verantwortung, sondern das ist unsere Sicht der Dinge.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Teilweise halten wir sie auch für womöglich kontraproduktiv. Die FDP-Landtagsfraktion hat lange diskutiert: Was halten wir für richtig, und was halten wir für falsch? Das haben wir sehr ernsthaft gemacht und hatten teilweise unterschiedliche Meinungen. Wir sind in der Diskussion am Dienstag dieser Woche zu der Entscheidung gekommen: Hätten wir die Entscheidung treffen müssen – sie wurde woanders getroffen –, hätten wir die Gastronomie in Nordrhein-Westfalen nicht geschlossen. – Das war die Meinung unserer Fraktion.

(Beifall von der FDP)

Zudem hätte ich mir im Bereich des Sports eine größere Differenzierung gewünscht,

(Zuruf)

zum Beispiel einen Sport mit Kontaktverbot und einen Sport ohne Kontaktverbot.

(Zuruf)

– Entschuldigung: einen Sport mit Kontakt und ohne Kontakt.

Ein Sport mit Körperkontakt ist in dieser Krise schwierig. Das geht nicht. Aber für einen Sport ohne jeglichen Körperkontakt, womöglich noch durch ein Netz und durch 20 oder 30 Meter getrennt, weil sich die Leute gegenüberstehen – zum Beispiel beim Tennis –,

(Michael Hübner [SPD]: Wie zum Beispiel Golf!)

hätte ich mir auch Lösungen für die Halle gewünscht.

(Beifall von der FDP – Christian Dahm [SPD]: Wenn das euer Problem ist! Wirklich! Wenn das das Problem ist! – Weitere Zurufe von der SPD)

Die verschiedenen Maßnahmen gefährden Existenzen in allen Bereichen.

(Zurufe von der SPD)

Die versprochene Entschädigung der Bundesregierung ist sehr großzügig. Sie muss allerdings ganz schnell und unbürokratisch erfolgen.

Kollege Thomas Kutschaty hat eben gesagt: Dabei darf niemand aus dem Raster fallen. – So darf ich den Kollegen zitieren. Ich bin gespannt, wie es den Kellnerinnen und Kellnern ergeht, die zum größten Teil von Trinkgeldern ihre Miete und ihre Nebenkosten für die Wohnung bezahlen können, und wie man diesen Kellnerinnen und Kellnern diese fehlenden Trinkgelder ausgleichen will. Das hat etwas mit „nicht aus dem Raster fallen“ zu tun.

(Beifall von der FDP)

Sechstens. Wir müssen die nächsten Wochen konsequent und effektiv nutzen. Die Maßnahmen müssen nach Auffassung der FDP-Fraktion auf den November beschränkt sein. Dann wollen wir – und wir wollen das mit allen Möglichkeiten versuchen – wieder öffnen.

Die epidemische Lage wird heute für vier Wochen beschlossen. In zwei Wochen und in dreieinhalb Wochen erfolgt hier in Plenarsitzungen, die sowieso stattfinden, sicherlich eine Information oder Unterrichtung durch die Regierung dazu, wie die Lage insgesamt zu bewerten ist.

(Zuruf: In vier Monaten!)

Für dauerhafte Eingriffe in die Grundrechte sind die Parlamente zuständig. Auch das haben wir vielfach diskutiert. In der Krise gibt man der Regierung Verantwortung, und da müssen Parlamente auch mal hintenanstehen. Aber das kann keine dauerhafte Lösung, auch keine Lösung über viele, viele Monate sein.

(Beifall von der FDP)

Mit der Zeit müssen Grundrechtseingriffe hier im Parlament behandelt werden.

Eine Dauerschleife von Lockdowns und Öffnungen müssen wir verhindern. Das Ziel eint uns; das haben alle Redner gesagt. Wir müssen Alternativen konsequent prüfen und umsetzen, wenn sie uns logisch und sinnvoll erscheinen.

Es gibt einzelne Personen, die behauptet haben, die Politik, die jetzt in Berlin gemacht wird, sei alternativlos. Plötzlich kommen Fachleute wie die Kassenärztliche Vereinigung, wie Ärzte, wie Virologen daher – manchmal auch mit unterschiedlichen Meinungen, das gebe ich gerne zu – und sagen: Es gibt sehr wohl Alternativen.

Ich bin noch nicht total davon überzeugt, welcher Weg genau der richtige ist. Aber unsere verdammte Aufgabe ist es doch, jede Alternative zu prüfen, damit wir diese Krise meistern können, so schnell es geht. Dazu gehört diese Prüfung.

(Beifall von der FDP)

Wir benötigen zukunftsfähige Strategien, zum Beispiel ein neues System bei der Kontaktverfolgung, das die Gesundheitsämter erheblich stärken würde. Wir brauchen eine neue Priorität zum Schutz der Risikogruppen. Wir brauchen einen vermehrten Einsatz von Schnelltests. Wir brauchen einfach grundsätzlich mehr eine Selbstverständlichkeit von Aufenthalt an der frischen Luft – eigentlich in allen Bereichen.

Die FDP-Landtagsfraktion sagt ganz deutlich, die Vorschläge für die Entwicklung eines Schwellenwertes mit mehreren, also auch neuen Indikatoren, muss zügig – sehr zügig – und ernsthaft geprüft werden. Wenn diese Prüfung bestanden wird, muss das ebenso zügig umgesetzt werden.

(Beifall von der FDP)

Abschließend noch mal: Ich bin stolz darauf, dass Opposition und Koalition hier zusammenkommen und ernsthaft über die Lage diskutieren und auch mal bei unterschiedlichen Positionen im Detail versuchen, das Problem und die Krise zu lösen.

Noch mal zum Abschluss: Wir müssen gemeinsam die nächsten Tage nutzen, um dafür zu sorgen, dass wir im Ergebnis eine gerechte, effiziente und vorausschauende Pandemiebekämpfung hier in Nordrhein-Westfalen realisieren können. Das ist keine Aufgabe

nur für die Regierung, es ist keine Aufgabe nur für die Koalition, sondern das ist eine gemeinsame Aufgabe dieses Hohen Hauses. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die AfD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Wagner das Wort.

Markus Wagner (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon wieder Irrsinn, was Sie sich hier leisten. Da fällt den anderen Parteien knapp vor der Sitzung siedend heiß ein, dass die epidemische Lage von landesweiter Tragweite ausgerufen werden muss.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Herzlichen Glückwunsch dafür, dass Ihnen wenigstens das noch eingefallen ist!

Eine epidemische Lage, in der sich Armin Laschet nach großer Pressekonferenz mit Anweisungen für das Volk erst mal ohne Maske im Flugzeug erwischen lässt. Meine Damen und Herren, Maskenpflicht, das ist etwas für die anderen.

(Zurufe von der CDU)

Als selbsternannte Elite lachen Sie darüber, Herr Löttgen.

Herr Löttgen, der Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann sagte gestern in der ihm eigenen erfrischenden Offenheit: Die Menschen sollen noch einmal Essen gehen, es so richtig krachen lassen. Warum? – Die Restaurants haben ja ein Hygienekonzept. Da passiert dann ja nichts. Genau da, wo nichts passiert, wird jetzt geschlossen. Der Irrsinn dieser Verordnung kann nirgendwo deutlicher werden als an diesem Beispiel!

(Beifall von der AfD)

Ich hingegen habe heute die Ehre, all jenen eine Stimme zu geben, für die der neue Lockdown der Knockout sein wird,

(Henning Höne [FDP]: Ich glaube nicht, dass die das wollen!)

den Kellnern und Taxifahrern, den Hoteliers und Gastronomen, den vielen kleinen Selbstständigen.

Ich habe heute die Ehre, all jenen eine Stimme zu geben, die verfassungsrechtliche Probleme in der Entscheidung von Bund und Ländern sehen. Da soll es ja sogar FDP-Leute geben, die das so sehen, Herr Höne. Erstaunlich, aber darauf komme ich noch zu sprechen. Denn schon jetzt gibt es Dutzende Urteile der Gerichte gegen die Coronapolitik von Angela Merkel und Armin Laschet.

Und ich habe die Ehre, all jenen Medizinern und Experten eine Stimme zu geben, die den Lockdown eben nicht für so alternativlos halten, wie Armin Laschet und alle anderen es hier heute darzustellen versucht haben.

Da die Politik zuvörderst auf Fakten und Sachlichkeit anstatt auf Hysterie und Alarmismus zurückgreifen sollte – so verstehe ich jedenfalls meinen Job –, beginne ich mit der Expertise der Mediziner.

Professor Hendrik Streeck, der Chef der Kassenärztlichen Vereinigung und mehr als 50 der bedeutendsten deutschen Ärzteorganisationen – ich nenne hier nur stellvertretend den Spitzenverband der Fachärzte Deutschlands, den Deutschen Hausärzterverband, die Kassenärztliche Bundesvereinigung – haben vorgestern die gemeinsame Position von Wissenschaft und Ärzteschaft vorgestellt. Diese ausge-reifte Position verdient es dringend, auch hier Gehör zu finden.

Sie zeigt auf, warum ein Lockdown nicht alternativlos, ja sogar in Abwägung aller Folgen schädlich ist. Ich zitiere daher bzw. kann mir mit Dank an die Professoren zu eigen machen:

„Wieder auf Lockdowns zu setzen, könnte – in der Hoffnung, Infektionszahlen zu senken – die reflexartige Konsequenz darauf sein. Aber wir haben in den Monaten der Pandemie deutlich dazu-gelernt. Der Rückgang der Fallzahlen ist politisch zwar eine dringende Aufgabe, aber nicht um jeden Preis.“

Die Ärzte berichten von der Unterlassung dringlicher medizinischer Behandlungen. Sie beschreiben die besorgniserregenden Nebenwirkungen bei Kindern und Jugendlichen. Sie verweisen auf den Niedergang ganzer Wirtschaftszweige, vieler kultureller Einrichtungen und eine zunehmende soziale Schieflage als bittere Folge Ihrer Politik.

Und bei all dem berufen sich Professor Streeck und Kollegen zu Recht auf das grundlegende medizinisch-ethische Prinzip des ärztlichen Handelns: primum nihil nocere, also zuallererst nicht schaden, die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie also so zu wählen, dass wir schwere Verläufe wirksam mindern, aber eben ohne neue Schäden zu verursachen. Dabei ist natürlich die Bereitschaft der Bevölkerung zur Mitwirkung unverzichtbar.

Die Verordnungen, über die wir heute sprechen, erweisen sich zum Teil als widersprüchlich, unlogisch, kaum nachvollziehbar. Hier entsteht, ja vergrößert sich ein Akzeptanz- und Glaubwürdigkeitsproblem. Nicht zuletzt die diversen Gerichtsurteile gegen unlogische, widersinnige und widersprüchliche Maßnahmen der Politik beweisen und befeuern das.

Die Professoren führen aus, dass es eben keine einheitliche wissenschaftliche Grundlage für die Bewertung des Pandemieverlaufs und die Ableitung von

Maßnahmen gibt. Vielmehr muss doch der Schutz insbesondere von Risikogruppen Priorität haben. Wir müssen die Alten und Vorerkrankten besser schützen. Zielführend und entscheidend ist die Auswertung von Indikatoren, die Auskunft über die Gefährdungslage von Risikogruppen geben und frühzeitig auf eine Überlastung des Gesundheitswesens hinweisen. Genau deswegen fordern die Ärzte ein bundesweit einheitliches Ampelsystem, welches alle relevanten Kennziffern wie Infektionszahlen, die der durchgeführten Tests, stationäre und intensivmedizinische Behandlungskapazitäten abbildet. So gelingt die Bündelung komplexer Informationen. So sollte daher auch unsere Strategie sein.

(Beifall von der AfD)

Wir haben Alternativen. Wir haben Grund zu Mut und Hoffnung, nicht blauäugig, nicht leugnend, aber eben auch nicht geprägt von Angst, Panik und unverhältnismäßigen Verboten.

Dieses Virus wird uns die nächsten Jahre begleiten, schreiben Streeck und die Ärzteverbände. Auch ein Impfstoff wird nur ein Mittel unter vielen zur Bekämpfung der Pandemie sein. Bisher konnte erst einmal ein Virus durch einen Impfstoff über jahrzehntelange Impfkampagnen ausgerottet werden. Deshalb müssen wir viel stärker darüber sprechen, wie das Zusammenleben trotz des Virus in größtmöglicher Freiheit stattfinden kann. Die Ärzte setzen dabei auf Gebote anstelle von Verboten, auf Eigenverantwortung anstelle von Bevormundung. Verbote oder Bevormundungen entsprechen nicht unserem Verständnis einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sagen sie. Besser könnte ich es für meine AfD-Fraktion nicht formulieren.

Es ist für die Professoren wie für uns als AfD-Fraktion unstrittig, dass der Fokus im weiteren Verlauf der Pandemie auf dem Schutz von Risikogruppen liegen muss. Gleichwohl müssen wir natürlich darüber nachdenken, wie eine Isolation ganzer Bevölkerungsgruppen gegen den eigenen Willen verhindert werden kann.

Die Ärzte beklagen zu Recht, dass es über die Sommermonate leider versäumt wurde, maßgeschneiderte und allgemeingültige Präventionskonzepte für Risikopatienten zu entwickeln. Die erforderlichen Maßnahmen für Besucher in Senioren- und Pflegeheimen, in Krankenhäusern, für das ärztliche, pflegerische sowie das Reinigungspersonal, für den Aufbau und die Unterstützung von Nachbarschaftshilfen werden in dem Konzept klar und anschaulich beschrieben.

Zutreffend beschreiben die Professoren, dass es gesellschaftlich und medizinisch besser ist, wenn sich Menschen in öffentlichen Räumen mit Hygienekonzepten unter optimalen Bedingungen treffen, als dass sie die sozialen Begegnungen in die vergleichsweise weniger sicheren privaten Innenräume

verlagern. Das, was Sie vorhaben, ist das genaue Gegenteil, Herr Laschet, und das werden wir nicht unterstützen.

(Beifall von der AfD)

Daher unterstützen die Wissenschaftler wie auch wir Initiativen, die unter klar definierten Hygienekonzepten und Teststrategien Veranstaltungen zulassen.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Wir wissen derzeit nicht ausreichend, unter welchen Bedingungen Veranstaltungen stattfinden können, ohne dass dadurch ein erhöhtes Infektionsrisiko oder Infektionsgeschehen entsteht. Dies muss aber definiert werden, um im Frühjahr bestimmte Veranstaltungen wieder zulassen zu können. Daher sollten Veranstaltungen mit Hygienekonzepten und Teststrategien unter wissenschaftlicher oder gesundheitsamtlicher Begleitung durchgeführt werden, um herauszufinden, ob das Risiko einer Virusübertragung überhaupt im relevanten Umfang besteht. Soweit die Mediziner.

Diese Empfehlungen, mit Corona richtig umzugehen, also so damit umzugehen, dass nicht mehr Schaden als Nutzen angerichtet wird, diese fachlichen Handlungsanleitungen haben Sie in den Wind geschlagen, und zwar allesamt. Wenn ich „allesamt“ sage, dann ist darin eben auch die FDP enthalten. Ich schätze Wolfgang Kubicki durchaus. Klar, am Ende zieht er auch nie durch. Ämter und Diäten sind am Ende doch wichtiger. Aber ähnlich wie Friedrich Merz, den das alte Establishment ja gerade verhindern will, ist er wenigstens noch nicht völlig rundgelutscht. Es ist noch nicht jede Kante abgeschliffen, wie das leider beim übergroßen Rest der politischen Klasse zu oft der Fall ist.

Was sagt denn nun FDP-Vize Kubicki zum neuen Lockdown? – Klagt! Zieht vor Gericht! Bringt diesen Unsinn zu Fall! – Das sagt er. Damit ruft er gleichzeitig dazu auf, auch die schwarz-gelbe Landesregierung in NRW unter Armin Laschet und Desintegrationsminister Stamp, seinen FDP-Kollegen, zu verklagen. Meine Damen und Herren, das ist an Absurdität nicht mehr zu überbieten!

(Beifall von der AfD)

In der FDP ist wirklich seit Jahren der Wurm drin. Das ist auch kein Wunder, wenn man hier im Hause auch heute quasi zum Wurmfortsatz von Armin Laschet verkommen ist. Wenn es darauf ankommt, ist auf die FDP keinen Verlass. Das ist bei der absurden und abstrusen Euro-Dauerrettung, bei der fatalen Nullzinspolitik, bei der andauernden Grenzöffnung seit 2015, beim Jamaika-Abbruch, bei der Akzeptanz demokratischer Wahlen in Thüringen und nun auch bei Corona so. Freiheitsrechte und Gesundheitsschutz in Einklang zu bringen, geht anders, liebe Kollegen von der FDP.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Uii!)

Man kann es ganz einfach zusammenfassen: Wer auf die FDP hofft, ist verraten und verkauft.

Wir als AfD machen das, was bei Ihnen nur noch ab und zu rhetorisch aufflackert, und stehen dazu, und zwar ohne gleich beim ersten Windhauch einzuknicken. Wir geben Vernunft und Sachlichkeit, Freiheit und Rechtsstaat eine Stimme. Anders als Sie lassen wir diese Stimme nicht versiegen. Wir lassen uns auch nicht aus Angst vor Medien und politischer Korrektheit mundtot machen.

(Beifall von der AfD)

Liebe Kollegen von der FDP, bei Ihnen steht bald das politische Ableben an – kein Wunder, wenn man aus Opportunismus jede Chance versiebt. Sie sind ja nicht einmal mehr die Stimme des Mittelstandes und der kleinen Selbstständigen wie früher einmal und wie wir als AfD es jetzt sind.

(Lachen von Armin Laschet, Ministerpräsident)

Insbesondere kleine mittelständische Unternehmen sind ja besonders vom Lockdown betroffen. Es geht für die Branche um Leben und Tod, sagt der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband. Auch der Präsident des Deutschen Landkreistages stellt fest: „Das schießt über das Ziel hinaus.“ Eine Schließung von Restaurants, Cafés und Hotels sei weder geeignet noch erforderlich.

Die tiefgreifenden Einschnitte für unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zeigen sich auch ganz konkret beim einzelnen Menschen. Denn selbst wenn der Kellner oder Taxifahrer als Kurzarbeiter 60, 70 oder 80 % seines Lohns bekommt, ist trotzdem das Trinkgeld und damit ein erheblicher Teil seines Einkommens weg.

Erklären Sie den Gastronomen, wie die Pacht und der Bierverlag bezahlt werden sollen. Erklären Sie beispielsweise den Taxifahrern und den anderen in der Gastronomie Beschäftigten, wie sie ihre Miete bezahlen sollen und was all die beflissen befolgten und teuer erkaufte Hygienemaßnahmen gerade in diesem Bereich gebracht haben. Für die Betroffenen ganz offensichtlich nichts!

Die gravierenden Einschnitte werden auch die Strukturen verändern. Viele kleine Einzelunternehmer stehen vor der Insolvenz. Sie werden durch größere Ketten verdrängt werden. Wollen wir all das? Sind die Grundlagen für diese Art der Politik wirklich so alternativlos, wie man uns glauben machen will? – Nein, das sind sie, wie wir gesehen haben, eben nicht.

Das mag die Corona-Einheitspartei von CDU bis Grünen so sehen. Wir allerdings werden weiter dafür kämpfen – nach dem Ausfall der FDP übrigens alleine –, dass die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt bleibt.

(Beifall von der AfD)

Wir wollen die Menschen und unsere Wirtschaft schützen. Das darf nicht auf Ihre Art und Weise gegeneinander ausgespielt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Sie versuchen, einigen der Opfer dieser Politik den Schaden durch etwas Geld auszugleichen – durch Geld, das Sie gar nicht haben, durch Geld aus der Druckerpresse und auf Pump. Wie lange soll das eigentlich gut gehen? Wer soll wann für diese Schulden aufkommen? – Es werden die nächsten Generationen der Steuerzahler sein. Im Übrigen werden mit den Mitteln, die der Bund zur Verfügung stellt, die Folgekosten für die Gastronomie, die durch den Lockdown entstehen, bei Weitem nicht abgedeckt, Herr Laschet.

Es ist oft verlockend und scheinbar einfacher, mit autoritärem und angeblich alternativlosem Gehabe zu regieren. Das sieht ja auch so schön nach Handeln und Führung aus. Dabei darf die Demokratie aber nicht außer Kraft gesetzt werden. Daher bin ich der SPD für ihren heutigen Entschließungsantrag sehr verbunden. Das wird Sie erstaunen. Mich erstaunt es ja auch. Aber wir stimmen diesem Antrag von Herzen zu, Herr Kutschatj.

(Zurufe: Oh!)

Es muss das Ziel sein, mit angemessenen und verhältnismäßigen Mitteln das Leben möglichst vieler in Wohlstand, Freiheit und Gesundheit zu ermöglichen. Dafür gibt es bessere und sinnvollere Konzepte als das, was Sie uns hier heute vorgestellt haben. Herr Laschet, das ist wieder einmal nicht kanzlerauglich. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wagner. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

(Zuruf von der CDU – Gegenruf von Andreas Keith [AfD]: Wir machen uns wegen der Medien nicht so in die Hose wie Sie!)

Dr. Joachim Stamp^{*)}, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorab sage ich: Wenn sich die AfD jetzt näher bei der Sozialdemokratie fühlt als bei mir, dann kann ich damit ganz gut leben.

(Beifall von der FDP – Christian Dahm [SPD]: Das war nicht angemessen!)

Die Lage ist aber zu ernst – und ich glaube auch nicht, dass die Sozialdemokratie ein ernstes Interesse daran hat; ich wollte nur kurz auf die Bemerkung eben eingehen –, um sich damit weiter auseinanderzusetzen.

(Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Pst!

Dr. Joachim Stamp¹⁾, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Die Lage ist sehr ernst, da sind wir uns hier wohl einig. Auch wenn die Intensivmedizin noch nicht unmittelbar bedroht ist, haben wir eine Entwicklung, bei der dies passieren kann. Darum müssen wir jetzt das Infektionsgeschehen eindämmen.

In einer pandemischen Lage brauchen wir in einem föderalen System von Bund und Ländern Koordination. Deswegen braucht es auch die Kommunikation zwischen den Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen und der Bundeskanzlerin. Diese Konstruktion von MPK und Bundeskanzleramt in Videokonferenzen kann aber kein Dauerzustand sein, um die Grundlagen der Entscheidungen für unsere Politik gegenüber der Pandemie zu treffen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Diese Entscheidungen gehören dauerhaft in die Parlamente. Das gilt insbesondere dann, wenn es um derart schwerwiegende Grundrechtseingriffe geht, wie sie vorgestern verabredet worden sind.

Ich sage auch ganz offen, dass ich manche dieser Entscheidungen durchaus kritisch sehe – insbesondere die pauschale Schließung von Gastronomie-, Kultur- und Sporteinrichtungen. Diese sind nur dann zu rechtfertigen, wenn es zum einen bei der strikten zeitlichen Begrenzung bleibt und wenn zum anderen die Entschädigung der Betroffenen schnell, unbürokratisch und umfassend erfolgt.

Es ist umgekehrt ein Erfolg, dass die Kitas und Schulen geöffnet bleiben. Manche wollten auch Kitas und Schulen in den Lockdown einbeziehen. Das wurde verhindert – auch weil wir in Nordrhein-Westfalen uns hier klar positioniert haben.

Ich habe den Familien in Nordrhein-Westfalen darüber hinaus eine Bildungs- und Betreuungsgarantie gegeben. Ich erneuere sie heute an dieser Stelle noch einmal: Es wird keine landesweite Schließung von Kitas und Schulen in Nordrhein-Westfalen geben.

(Beifall von der FDP)

Wir tragen die Maßnahmen in staatspolitischer Verantwortung mit, um ein möglichst bundeseinheitliches Vorgehen der Länder in dieser Phase der

Pandemie zu ermöglichen, knüpfen daran aber die Erwartung, dass Ministerpräsidenten und Bundeskanzlerin nicht zuwarten und die getroffenen Maßnahmen in zwei Wochen einfach verlängern.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wir brauchen eine neue Strategie von Bund und Ländern, die unserer Gesellschaft ein Leben mit dem Virus ermöglicht; denn das Virus wird nicht verschwinden.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie sind doch nicht Oppositionsführer! – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

– Das Virus wird nicht verschwinden, auch nicht durch Zurufe von Herrn Zimkeit.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP – Christof Rasche [FDP]: Vielleicht doch!)

Ob, wann und in welchem Umfang ein gezielter Impfstoff und geeignete Medikamente zur Verfügung stehen, ist heute völlig ungewiss. Aber das Prinzip „Hammer and Dance“, also der Wechsel von Lockdown, Lockerungen und man hält die Regeln nicht mehr ein, dann kommt es wieder zum Lockdown und danach gibt es wieder Lockerungen, dann wieder den Lockdown, bis irgendwann ein Impfstoff vorhanden ist – ein solches Prinzip, das die Wissenschaft „Hammer and Dance“ nennt, würde unsere Gesellschaft kaputtmachen.

(Zuruf von der SPD: Aber das hat Herr Latschet doch hier vorgetragen!)

Es würde uns zwischenmenschlich kaputtmachen, und es würde uns wirtschaftlich kaputtmachen.

(Zuruf von der SPD: Das gibt's doch nicht!)

Ich erwarte daher,

(Zuruf von der SPD: Das ist eine unterirdische Rede!)

dass die jetzt getroffenen Maßnahmen nicht in wenigen Wochen ohne Beteiligung der Länder verlängert werden, sondern dass Bund und Länder stattdessen in diesen Wochen unter Beteiligung der Parlamente eine dauerhafte Strategie entwickeln.

(Zurufe von der SPD: Was ist denn da los in der Koalition? Armin allein zu Haus!)

Dazu gehören insbesondere der besondere Schutz der Risikogruppen, die personelle und digitale Stärkung der Gesundheitsämter, um die umfassende Kontaktnachverfolgung bundesweit wieder zu ermöglichen, eine bundesweit abgestimmte Teststrategie mit massivem Einsatz von Schnelltests und eine Verbesserung der Warn-App.

(Zuruf von der SPD: Ich denke, die Tests sind knapp! Was denn jetzt?)

Beschränkungen müssen dann allein auf die Bereiche konzentriert werden, die als relevante Ansteckungsorte evident sind. Diese müssen dann aber auch – darauf hat der Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten, Christof Rasche, vorhin hingewiesen – von unseren Ordnungskräften konsequent durchgesetzt werden. Denn nur mit einer solchen tragfähigen und für die Bürgerinnen und Bürger auch tatsächlich nachvollziehbaren dauerhaften Strategie werden wir diese historische Herausforderung meistern. Das ist unsere Verantwortung.

Lassen Sie mich auch Folgendes sagen: Wenn wir im Parlament verstärkt über die Situation sprechen wollen, gehört zu dieser Verantwortung auch, dass die Opposition sich tatsächlich an der Sache orientiert.

Herr Kutschaty, Sie sagen, wir hätten nichts für die KITAS getan und sie im Stich gelassen. – Das ist ein schlechter Witz. Die Träger sind dankbar für das, was wir zusätzlich für Hygienemaßnahmen zur Verfügung gestellt haben und dafür, dass wir Alltagshelfer für die KITAS zur Verfügung gestellt haben. Wir stehen mit den Trägern permanent in Kontakt und im Austausch und werden heute Abend in einer erneuten Schalte darüber beraten, wie wir das mit den Alltagshelfern fortsetzen können. Die Träger sind dankbar und die Einrichtungen auch. Ich habe mir selber bei Tagespraktika ein Bild vor Ort machen können. Erzählen Sie hier also nicht Dinge, die schlichtweg nicht stimmen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das gilt im Übrigen auch für Ihre Kritik an unserer Schulministerin; es ist geradezu absurd, was Sie Yvonne Gebauer vorwerfen. Unter der Leitung einer sozialdemokratischen Schulministerin hat die KMK sich auf eine Linie geeinigt, auf der sich alle Bundesländer bewegen und wegen der alle Bundesländer die gleichen Maßnahmen treffen. Im Übrigen sind noch andere Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und auch Grüne dabei.

Frau Kollegin Schäffer, ich muss Ihnen sagen: Bei allen Unterschieden in der Sache habe ich Sie hier acht Jahre lang immer als sachliche und ausgesprochen faire Fachpolitikerin gekannt. Ich fände es schade, wenn Sie in Ihrer neuen Rolle als Fraktionsvorsitzende eine andere Attitüde annehmen und hier nur in billige Oppositionsreflexe verfallen würden.

(Lachen von Verena Schäffer [GRÜNE] – Beifall von der FDP)

Das ist etwas, was wir derzeit – zugegebenermaßen parteiübergreifend – in zu vielen Landesparlamenten erleben. Wir sind überall in dieser schwierigen Situation. Gerade im Schul- und im Kitabereich ist es herausfordernd, diesen Alltag zu organisieren.

Wenn Sie sich einmal die Mühe machen würden, die Debatten in den anderen Ländern zu verfolgen, würden Sie sich vielleicht stärker an der Sache als an einfacher Oppositionspolemik orientieren. Das hilft nämlich am Ende niemandem, und es hilft auch nicht bei der Bekämpfung dieser Pandemie. Aus der Krise kommen wir nur mit Sachlichkeit, Vernunft und gemeinsamer Verantwortung heraus. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Dr. Vincentz das Wort.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich verstehe langsam, warum es sich bei diesem Instrument der Geschäftsordnung um eine Unterrichtung und nicht um eine Regierungserklärung handelt. Antworten habe ich heute Morgen nämlich häufig vermisst.

Sie folgen alle derselben verquerten Logik. Sie wollen, dass wir die Kontakte – wie es in mathematischen Rechenmodellen so gut funktioniert – um 75 % reduzieren. Ich möchte Ihnen aber eines voraussagen: Die Menschen sind keine Maschinen, die Gesellschaft ist kein mathematisches Modell. Es wird in der Art und Weise, wie Sie es planen, nicht funktionieren. Sie werden das gesellschaftliche Leben, das soziale Leben der Menschen auf Dauer nicht verbieten können.

Das Einzige, was Sie an dieser Stelle machen, ist – das hat die Vergangenheit gezeigt – die Verdrängung des sozialen Lebens aus der Öffentlichkeit, aus den kontrollierten Gaststätten, aus den Sportvereinen in ein Dunkelfeld. Das versuchen Sie dann, zu kontrollieren, was Sie aber mit der Kapazität der Polizei, der Ordnungsämter etc. nicht können. Ende November werden Sie also wahrscheinlich gar nicht da stehen, wo Sie stehen wollen; Sie werden die Infektionszahlen nicht so gedrückt haben, wie Sie es wollen.

Selbst wenn Sie das geschafft hätten – was käme als Nächstes? Ihre mathematischen Modelle sagen Ihnen heute schon voraus, dass wir dieses Wachstum in wenigen Wochen wieder haben und an derselben Stelle stehen werden. Das kann schon Ende dieses Jahres oder Anfang des nächsten Jahres sein; vielleicht, während die Menschen sich nach dem Lockdown zu Hause erholen und ein schönes Weihnachtsfest miteinander feiern wollen. Wer möchte ihnen das nehmen? Möchten Sie es den Menschen nehmen, ein schönes Weihnachtsfest miteinander zu feiern? Die Menschen werden sich dann unter Umständen wieder gegenseitig anstecken. Wir

werden wieder mit diesen Fallzahlen dastehen, und Sie werden uns allen nach dieser Logik wieder einen Lockdown verordnen.

Sie erzeugen hier die Illusion, dass Sie Kontrolle über das Virus hätten. Sie erzeugen nur die Illusion. Sie stellen immer wieder neue Forderungen und schaffen neue Regeln, die kontrolliert werden müssen und an die wir uns alle halten müssen – aber es bleibt doch eine Illusion. Die derzeitigen Fallzahlen zeigen doch, dass Sie in der Vergangenheit nichts unter Kontrolle hatten, ansonsten ständen wir doch nicht da, wo wir gerade stehen.

Sie haben es den Sommer über verschlafen – mein Fraktionskollege und Fraktionsvorsitzender hat es ausgeführt –, die Konzepte, die auf dem Tisch liegen, die Ihnen Ärzteverbände und verschiedene Studien nahelegen, umzusetzen und vernünftige Lösungen dafür zu finden.

Ich prognostiziere Ihnen, dass bei der Unlogik, die hinter all Ihren Beschlüssen steht, viele dieser Regeln von Gerichten aufgehoben werden. Was meinen Sie, was das mit den Menschen da draußen macht, wenn Sie sagen „Das ist alternativlos, und wir haben die Wahrheit gepachtet“, und Gerichte das dann alles wieder kassieren? Was macht das mit den Menschen, und was wird es für eine Reaktion mit sich bringen, wenn deutsche Gerichte sagen, das, was Sie hier beschließen, ist nicht rechtens?

Herr Löttgen, Sie haben gesagt, unser Weg sei krumm. – Ja, das Leben ist so. Manchmal gibt es Kurven, manchmal gibt es Umwege. Ich frage mich aber: Wann kriegen Sie endlich die Kurve?

Was verbindet die AfD mit Francis Fukuyama? – Der Glaube an die Freiheit. Denn wenn die Freiheit an dieser Stelle noch nicht gewonnen hat, dann ist es noch nicht das Ende. Am Ende wird die Freiheit siegen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Vincentz. – Als nächster Redner hat nun für die Landesregierung Herr Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann*, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir sind jetzt mittlerweile im achten Monat

(Christian Dahm [SPD]: Jetzt hatte ich aber Bilder im Kopf!)

der COVID-19-Pandemie in Nordrhein-Westfalen. Wir sind aber heute in vielen Bereichen der Versorgung in unserem Land in einer völlig anderen Situation als vor acht Monaten.

Ich will daran erinnern, dass wir im März dieses Jahres nicht nur Schließungen veranlasst hatten, die wir auch heute wieder vornehmen, sondern weit darüber hinaus gehen mussten: die Schließung aller Schulen, aller Kindergärten, aller Behindertenwerkstätten; drei Monate Besuchsverbot in Altenheimen und in Behindertenheimen – eine völlige Isolation dieser Menschen. Bei jetzt viel höheren Infektionszahlen ist das nach unserer Einschätzung zurzeit – Gott sei Dank – nicht notwendig.

Es ist deswegen nicht notwendig, weil wir und viele in ganz Deutschland, in Europa, aber auch bei uns in Nordrhein-Westfalen diese acht Monate genutzt haben, um Voraussetzungen zu schaffen, dass wir mit dem Virus sicherer umgehen können.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Nicht in den Gesundheitsämtern!)

Wir hatten damals eine Situation – ich will nur daran erinnern –, dass wir als Gesundheitsministerium nicht einmal wussten, wie viele Intensivbetten es in Nordrhein-Westfalen gibt. Heute wissen wir tagesgenau, wie die Intensivbetten in unserem Land belegt sind, wie sie genutzt werden. Ich kann nur sagen, es war alles nicht so einfach. Denn wir mussten eine gesetzliche Verpflichtung schaffen, dass unsere Krankenhäuser überhaupt bereit waren, uns diese Zahlen zu melden. Es war freiwillig nicht zu erreichen. Daran will ich nur mal erinnern.

Wir haben heute in Nordrhein-Westfalen 35 % mehr Intensivbetten und Beatmungsmöglichkeiten als im März. Wir haben eine gewaltige Ertüchtigung unserer Krankenhäuser in diesen acht Monaten hinbekommen, um sie in der Frage der Behandlung von COVID-Patienten robuster zu machen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das haben wir vielen Menschen in den Krankenhäusern zu verdanken. Das Land Nordrhein-Westfalen hat allein in diesen acht Monaten rund 100 Millionen Euro in die Hand genommen, um in diesem Bereich Technik zu finanzieren. Wir haben die Bewilligung der jeweiligen Kapazitätserhöhungen immer auch damit verbunden, zu sagen, sie müssten natürlich auch Personalschulungen machen. Denn Technik allein ist ohne Personal nicht möglich.

Wir haben in diesen acht Monaten das Virtuelle Krankenhaus geschaffen. Es ist ein Krankenhaus, was bis jetzt in der Pandemie in über tausend Fällen dafür gesorgt hat, dass Ärzte, die bei Maximalversorgern arbeiten, etwa bei unseren Universitätskliniken, die über ganz besonders viel Expertise verfügen, Krankenhäuser beraten haben, wie sie ihre Patienten optimal versorgen können. Dies hat dazu geführt, dass in den allermeisten dieser Fälle Verlegungen weit von zu Hause weg nicht notwendig wurden.

Es ist auch ein Robuster-Machen der Krankenhäuser, dass man bei schwierigen Gesundheitsverläufen

nicht nur auf die Maximalversorger angewiesen ist, sondern es auch in der Fläche über die normalen Krankenhäuser lösen kann. Unsere Maximalversorger, die Universitätskliniken, haben etwa 6 % der COVID-Patienten versorgt, 94 % konnten in der Fläche versorgt werden, teilweise auch mit schwierigen Erkrankungen.

Ich finde, dass man an dieser Stelle auch einmal Danke an die vielen Engagierten sagen muss. Ich glaube, wir haben diese acht Monate für eine Ertüchtigung unserer Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen sehr gut genutzt. Ich bin auch froh, dass ich jetzt noch nicht in einer Zeit bin, in der andere Gesundheitsminister in anderen Ländern darüber nachdenken und ihre Krankenhäuser bitten müssen, elektive Eingriffe zurzeit nicht durchzuführen. Noch sind wir Gott sei Dank nicht in dieser Situation.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Ich will noch einen weiteren Punkt nennen: Testkapazitäten. Wie war das denn im Frühjahr? Wir waren am Ende bei 90.000 Tests in der Woche. Wir können jetzt etwa 350.000 Tests machen. Es ist in Nordrhein-Westfalen nicht in erster Linie eine Materialfrage, sondern bei den 350.000 Tests stoßen wir an die Grenzen der Labore, dass die Leute die Ergebnisse in einer noch einigermaßen akzeptablen Zeit bekommen. Das ist zurzeit auch nicht grenzenlos ausbaubar.

Aber in anderen Bundesländern höre ich in Schalten von meinen Kollegen, dass sie auch Probleme beim Material haben. Dass wir das in Nordrhein-Westfalen nicht haben, liegt auch daran, dass das Wirtschaftsministerium, Herr Professor Pinkwart, und wir im Gesundheitsministerium einer hiesigen Firma bei Investitionen geholfen haben, die uns zurzeit in erheblichem Umfang Tests zur Verfügung stellt. So etwas ist vorausschauende Politik und ist Politik, wie ein Land in der Infrastruktur hilft.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen war es gut angelegtes Geld, das mit einer hiesigen Firma zu machen, um diese Kapazitäten sicher für Nordrhein-Westfalen zu haben.

Ja, die Schnelltests sind seit einer Woche auf dem Markt. Seit einer Woche haben G-BA und Bund gesagt, sie seien eine Gesundheitsleistung der Gesetzlichen Krankenkasse. Natürlich geben uns diese Tests die Möglichkeit, in einem viel größeren Umfang Sicherheit in viele Einrichtungen zu bringen. Wir alle sind sicherlich sehr dankbar, dass es diese Entwicklung gegeben hat. Das ist ein Beispiel, wie es durch Forschung und durch die Pharmaindustrie Schritt für Schritt zu Erfolgen kommt, wie wir mit dem Virus besser umgehen können.

Doch die Wahrheit ist, dass dieser Test, wenn man ihn einsetzt bei Menschen, die gar nichts haben,

nicht so genau ist. Er ist sehr gut, wenn Symptome vorliegen. Bei der Frage, zu klären, ob jemand eine normale Grippe oder COVID hat, ist der Test sehr gut. Doch jetzt zu glauben, man könne mit diesem Test alle möglichen Leute testen, die gar nichts haben, und sie bekämen die Sicherheit, wenn sie zu ihrer Oma gehen, das Virus nicht zu übertragen,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das Risiko ist aber sehr hoch, Herr Minister!)

ist nicht angebracht und wird von denen, die uns beraten, etwa Professor Exner, sehr infrage gestellt. Ich muss mich schon an Expertise halten. Wir setzen sie ja breit ein, doch man soll nicht sagen, dass es das Problem in vollem Umfang löst. Wir sind da nach wie vor im Bereich von Risiken.

Es ist doch völlig klar, dass man ein so gewaltiges System erst in die Pflegeheime bringt. Bei uns leben 175.000 Menschen in Pflegeheimen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Was wollen Sie denn jetzt damit sagen?)

Dafür brauchen wir 3,5 Millionen Tests im Monat. Wir haben das mit den Schulungen geregelt. Über die Ärzte, die diese Heime betreuen, werden diese Schulungen angeboten. Wir haben jetzt eingeführt, dass es über Video Möglichkeiten gibt, diese Schulungen durchzuführen. Es ist auch so, dass wir Gott sei Dank seit längerer Zeit eine Regelung haben, dass COVID-bedingte Kosten in unseren Pflegeeinrichtungen selbstverständlich von der Pflegekasse ersetzt werden: Was die Heime mehr an Personal gebraucht haben, um die Besuchskonzepte zu machen, was sie jetzt mehr an Personal brauchen, um die Tests zu machen, und auch viele andere Fragen zur Schutzbekleidung sind für die Heime gelöst.

Wir haben die Zeit genutzt, dass unsere Einrichtungen heute sowohl in der Behindertenhilfe als auch in der Pflegehilfe über vernünftige Hygienekonzepte verfügen, die Besuche sicherer möglich machen. Dass wir damals so vorsichtig bei den Besuchen sein mussten, hat auch damit zu tun, dass wir in der damaligen Situation nicht mal genug Schutzbekleidung und Desinfektionsmittel hatten. In den letzten Monaten haben wir dafür gesorgt, dass dies in Nordrhein-Westfalen in großem Umfang zur Verfügung steht.

Jetzt zu dem Thema „Gesundheitsämter“. Wir als MAGS stehen natürlich in einem ständigen Kontakt mit den Gesundheitsämtern.

(Zuruf von Stefan Kämmerling [SPD])

Die Gesundheitsämter in Nordrhein-Westfalen haben es immer hinbekommen, entsprechend der RKI-Richtlinie fünf Menschen auf 20.000 Einwohner in der Kontaktnachverfolgung zu haben. Doch diese Konzepte waren für Infizierungen von bis zu 50 Leuten ausgelegt. Das war damals in RKI-Richtlinien der Standard.

Ich glaube, in die heutige Debatte gehört auch hinein, dass die Menschen, die in unseren Gesundheitsämtern arbeiten, in den letzten acht Monaten einen tollen Job gemacht haben. Die Gesundheitsämter in Nordrhein-Westfalen haben sehr gut gearbeitet.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Doch wir müssen auch zugeben: Die Gesundheitsämter haben in den letzten Jahrzehnten leider nicht in allen Landkreisen und in allen kreisfreien Städten unbedingt im Fokus der Interessen der Stadträte und der Kreistage gestanden. Das ist doch auch die Wahrheit.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ja und?)

Wir haben eine kommunale Verfasstheit der Gesundheitsämter. Es hat im Übrigen viele Vorteile, dass man in den Krisenstäben vor Ort in den Kreisen die kurzen Wege hat. Bei meinen Besuchen bei den Krisenstäben in den Kreisen habe ich sehr oft gesehen, wie gut es ist, dass es kommunal verfasst ist, dass es die regionalen Strukturen gibt.

Aber jetzt, wo wir dieses Problem haben, will ich auch mal sagen, dass es in einer wirklich kurzen Zeit gelungen ist, die Verantwortung für die Personalausstattung der Gesundheitsämter auf alle drei staatlichen Ebenen auszudehnen. Der Bund hilft mit tausend Soldaten in Nordrhein-Westfalen – die Verantwortung des Bundes. Das Landeskabinett sagt: Wir holen tausend Menschen, die wir finanzieren oder aus der Landesverwaltung abstellen.

Das heißt, die Gesundheitsämter in Nordrhein-Westfalen werden nicht alleingelassen, sie werden über alle drei staatlichen Ebenen in ihrer wichtigen Arbeit der Kontaktverfolgung unterstützt.

(Beifall von der CDU)

Wenn wir in den nächsten Monaten etwas in Richtung Digitalisierung machen können, wird kein vernünftiger Mensch dagegen sein, das zu tun. Nur: Gesundheitsämter müssen auch mit den jeweiligen Kreisverwaltungen kommunizieren, und Sie wissen, dass diese EDV-Systeme in den Kreisverwaltungen nun einmal sehr unterschiedlich sind.

Ich bin froh, dass wir jetzt in einer Situation sind, in der wir Gott sei Dank keine Besuchsverbote in Altenheimen beschließen müssen, in der wir unsere Behindertenwerkstätten offenhalten können.

Jeder von uns kann sich das doch vorstellen. Etwa ein Drittel der Menschen, die in unseren Behindertenwerkstätten arbeiten, leben nicht in Wohnheimen der Landschaftsverbände oder im Betreuten Wohnen, sondern bei ihren Familien. Jeder kann sich doch vorstellen, was das für die betroffenen Familien bedeutet, wenn Behinderteneinrichtungen für drei Monate schließen und zum Beispiel ein autistisch veranlagtes Familienmitglied nicht mehr in der Behindertenwerkstatt betreut werden kann.

Wir können das doch jetzt alles offenhalten, weil diese Einrichtungen diese acht Monate – auch mit Unterstützung des Landes – genutzt haben, um Konzepte zu entwickeln, wie sie den Betrieb auch unter Pandemiebedingungen verantwortbar aufrechterhalten können. Sie haben Hygienekonzepte, Arbeitskonzepte und Konzepte zur Umgestaltung der Arbeitsplätze entwickelt. Das ist doch alles in den letzten Monaten passiert.

Auf eines möchte ich auch noch hinweisen, was ich auch für eine Selbstverständlichkeit halte: Ich meine schon, dass das MAGS, auch was die Zahlen der Pandemieentwicklung angeht, auch gegenüber dem Parlament, in diesen acht Monaten äußerste Transparenz sichergestellt hat, indem wir mehrmals in der Woche alle Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtages über die Lageentwicklung informiert haben.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir haben Ihnen genau die gleichen Informationen mitgeteilt, die die Bezirksregierungen haben, die wir im eigenen Haus haben und die wir mit dem LZG austauschen. Ich finde, das ist auch richtig, und das ist auch wichtig.

Die Wahrheit ist auch – das muss ich hier ganz klar sagen; deswegen auch noch einmal ein Dankeschön von meiner Seite an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales des nordrhein-westfälischen Landtages –, dass wir in diesen acht Monaten auch einen guten Austausch in den Ausschusssitzungen hatten über die jeweilige Bewertung der Pandemie und auch über Maßnahmen, die wir in dieser Pandemie für notwendig halten.

(Beifall von der CDU)

Ich meine, dass es jetzt einfach wichtig ist, die Menschen auf diesem Weg weiter mitzunehmen. Wir kriegen im MAGS zurzeit Tausende von Bürgeranfragen und Bürgermitteilungen.

Ein gewichtiger Teil der Menschen sagt nach wie vor: Ihr müsstet noch viel drastischer einschneiden. – Es gibt mittlerweile auch Umfragen dazu, nach denen das fast ein Drittel der Bevölkerung ist.

Es gibt aber auch diejenigen, die sagen: Ihr schränkt zu viel ein. Wir verstehen das nicht, dass ihr uns so einschränkt. – Auch die gibt es.

Aber ein ganz großer Teil der Bevölkerung sagt auch: Na ja, ihr haltet einigermaßen Maß und Mitte.

Wenn man einmal die zusammenzählt, die sagen: „Ihr haltet Maß und Mitte“, und diejenigen, die sagen: „Es ist zu wenig“, dann haben wir nach wie vor eine gewaltige Mehrheit dafür, dass wir Menschen etwas zumuten müssen, um andere in diesem System zu schützen.

Ich will Ihnen auch eine sehr persönliche Meinung zu diesen Fragen sagen. Es wird von manchen gesagt – an diesem Punkt sind wir ja heute; das ist auch ein wichtiger Punkt –: Wir müssen unbedingt aufpassen, dass sich nicht mehr anstecken, als das Gesundheitssystem gut behandeln kann. – Ja, das ist ein wichtiger Grundsatz. Aber, meine Damen und Herren, wir müssen immer an eines denken: 8 % der Menschen, die sich infizieren, werden so schlimm krank, dass sie in ein Krankenhaus müssen. 2,5 % derjenigen landen auf einer Intensivstation, 1,4 % benötigen die Beatmung.

Ich bin auch der Meinung, dass es Aufgabe des Staates und vor allen Dingen eines Gesundheitsministeriums ist, alles dafür zu tun, dass sich möglichst wenig Menschen infizieren. Die Menschen wollen sich nicht infizieren. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich keiner wünscht, auch wenn er gut behandelt wird, auf einer Intensivstation zu landen. Es ist gut, dass wir die Erkrankten dann, wenn es notwendig ist, optimal versorgen können. Deswegen, finde ich, muss gesellschaftliches Handeln in Solidarität schon so aussehen, dass wir miteinander versuchen, mit diesem Virus so zu leben, dass sich möglichst wenig Menschen anstecken.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP und der AfD)

Es gibt ja auch nun wirklich keinen Streit über die Tatsache, dass dieses Virus nur über Kontakte übertragen wird. Sie brauchen schon den Kontakt mit infizierten Menschen über einen gewissen Zeitraum in einer gewissen Nähe.

Deswegen sind diese Regelungen – so banal sie klingen – so wichtig. Jeder von uns muss, wenn es eben geht, darauf achten, ein bisschen Abstand zu halten. Es hört sich banal an, aber jeder noch so hohe Professor und Wissenschaftler sagt mir das: Das Händewaschen und Händedesinfizieren ist eine Grundregel. – Die mag sich banal anhören, aber sie ist eine wirksame. Die Maske ist da, wo wir die Abstände nicht sicher einhalten können, eine vernünftige Lösung.

Den besonderen Schutz der besonders verletzlichen Gruppen müssen wir, finde ich, in einer humanen Gesellschaft auch von den Gesunden verlangen.

Es ist wahr, dass es Berufsgruppen gibt, die anders betroffen sind. Ich bin auch Arbeitsminister. Gott sei Dank haben Millionen von Menschen in Nordrhein-Westfalen trotz der Pandemie jeden Monat die gleichen Überweisungen auf ihr Konto wie vor der Pandemie.

Ich bin froh, dass wir ganz vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mittels des Kurzarbeitergelds über diese acht Monate sicher geholfen haben und es auch weiter tun werden.

Wir müssen gerade Kleinstselbstständigen, wie etwa in der Gastronomie, Kosmetikerinnen und den vielen Leuten in der Veranstaltungstechnik – um nur wenige Beispiele zu nennen – jetzt etwas zumuten, weil wir Schulen und Kitas nicht schließen wollen und die Wertschöpfung erhalten wollen. Denn wenn wir die Kontakte herunterfahren wollen, was bleibt denn dann noch übrig? Das wird jetzt gemacht.

Dann ist es nach meinem Verständnis einer solidarischen Gesellschaft aber auch richtig, dass diejenigen, die zurzeit unter der Pandemie finanziell nicht leiden, als Steuerzahler auch Mittel zur Verfügung stellen, um diejenigen, die jetzt besonders stark betroffen sind, über diese Zeit zu bringen. Das ist für mich Solidarität.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir haben für die Arbeitnehmer die Arbeitslosenversicherung mit dem Kurzarbeitergeld, und wir sehen jetzt, wie schwierig es für Kleinstselbstständige ist, die nicht den Schutz einer großen Solidargemeinschaft wie der Arbeitslosenversicherung haben. Ich finde, dieser Bevölkerung müssen wir jetzt auch helfen, indem sie diesen solidarischen Schutz bekommen. Ich glaube, dass wir da auch einig sind, dass eine Gesellschaft jetzt nicht von einigen alles verlangen kann, und andere bringen in finanzieller Hinsicht nichts ein, sondern dass das in einer solidarischen Gesellschaft gemeinschaftlich gelöst werden muss. Deswegen sind die Einschränkungen aus Sicht des Arbeitsministers richtigerweise auch mit einem vernünftigen Hilfspaket verbunden.

Jetzt könnte man noch viel sagen.

Unser Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen ist trotz der Pandemie gar nicht so schlecht. Wir haben nach wie vor eine gute Dynamik auf dem Arbeitsmarkt. Wir haben in den letzten Wochen in diesem Land über 15.000 zusätzliche Lehrverträge abschließen können. Das sah im August ganz traurig aus. Wir sind jetzt schon wieder fast bei 90.000 abgeschlossenen Lehrverträgen.

Das heißt, die Leute haben den Glauben an eine gute Zukunft nicht verloren. Seien Sie versichert: Ich bin mir sicher, dass wir in der Politik in Nordrhein-Westfalen dafür sorgen werden, dass sie diesen Glauben an eine gute Zukunft auch nicht verlieren müssen. Dafür arbeite auf jeden Fall mein Ministerium nach bestem Wissen und Gewissen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Der eine oder andere hat es gemerkt: Die Landesregierung hat ihre Redezeit noch einmal um 9 Minuten und 53 Sekunden überzogen, sodass insgesamt für die Fraktionen 12 Minuten

Redezeit zusätzlich zur Verfügung stünden. In Teilen wurde das ja schon im Vorgriff in Anspruch genommen.

Es haben sich noch Herr Abgeordneter Mostofizadeh und von der SPD Herr Kutschaty zu Wort gemeldet. Wer möchte beginnen? – Herr Mostofizadeh beginnt.

Mehrdad Mostofizadeh* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem Punkt anfangen, Herr Minister Laumann, der mich wirklich ärgert. Sie haben viele Beispiele dafür gebracht, an welchen Stellen es dynamisch und gut ist und welche Ziele Sie haben. Am Ende hatten wir schon den Eindruck, der große Onkel erzählt von der großen, kleinen, weiten Welt.

Ich möchte Ihnen eines ganz markant ins Stammbuch schreiben. Sie haben, wie ich finde, im Frühjahr sehr glaubhaft versichert: Die Pflegeheime müssen Orte sein, an denen keine Isolation stattfindet und an denen die Menschen sich begegnen können. Und heute diskreditieren Sie die Schnelltests und stellen ihre Wirksamkeit infrage.

Ich sage Ihnen auch, warum das aus meiner Sicht so merkwürdig klingt. Nach meinem Kenntnisstand haben diese Tests eine sehr hohe Treffsicherheit. Sie sind dann nicht treffsicher, wenn jemand sich frisch infiziert hat. Dann liegt die Genauigkeit nur bei etwa 80 %.

Aber in diesem Fall ist es doch so, dass die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einer Ansteckung kommt, gering ist, weil die Virenlast noch sehr gering ist, sodass es doch viel besser ist, dass dieser Schnelltest durchgeführt wird, damit man in dieses Pflegeheim reingehen kann.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Machen wir doch auch!)

Deswegen muss es auch gemacht werden. Diskreditieren Sie doch nicht Ihre eigenen Maßnahmen, Herr Minister Laumann.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vor welchem Hintergrund ich das sage? – Ich möchte in diesem Parlament nicht immer vom Hölzchen aufs Stöckchen diskutieren. Das Ziel muss sein – das erklärte, verfassungsrechtlich verbriefte Ziel –, dass Menschen, die sich entschieden haben, in einem Pflegeheim zu wohnen, oder keine andere Möglichkeit dazu sehen, das verfassungsrechtliche Recht auf Besuch und gegenseitigen Austausch wahrnehmen können.

Das ist kein Zugeständnis, sondern verfassungsrechtlich verbrieft. Das sind keine Menschen zweiter Klasse. Sie haben dieselben Rechte wie alle Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Auch die Trägerinnen der Einrichtungen wussten, dass eine zweite Pandemiewelle im Herbst drohte. Deswegen sind Fragen dazu, wie viel Personal wir brauchen, berechtigt. Sie müssen vorgetragen werden. Aber sie hätten auch geklärt und dem Ministerium vorgelegt werden müssen.

Wir haben nur vier Wochen Zeit, um all diese Fragen zu klären. Deswegen sage ich sehr klar: Herr Minister, ich erwarte, dass die Ansage von Ihnen lautet, dass Sie das ganz genau wissen und sich als Minister und Teil der Landesregierung dafür verbürgen, dass Sie dafür sorgen, dass das möglich ist.

Und wenn der Test nicht ausreichend ist, dann müssen eben FFP2-Masken oder etwas anderes her. Sie haben die Aufgabe, klar zu sagen – da ist auch die FDP gefordert –, unter welchen Bedingungen wir das haben, was Sie uns schon im Juni vorgetragen haben, nämlich eine verantwortbare Normalität in Nordrhein-Westfalen.

Das ist Ihr Job. Weichen Sie nicht aus, zeigen Sie nicht auf Virologen, sondern sagen Sie: Wir garantieren das, wir stellen das sicher, das ist der Weg der Landesregierung und nichts anderes.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vorhin habe ich mir schon die Frage gestellt, ob Minister Stamp heute für die Landesregierung gesprochen hat oder als Parteivorsitzender der FDP.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf: Genau!)

An zwei Stellen ist das besonders wichtig. Die FDP hat gestern formuliert: Der Spuk – also die Maßnahmen, die die MPK beschlossen hat – muss in vier Wochen vorbei sein. Das bedeutet nichts anderes, als dass bedingungslos und ohne Hinterfragen der Maßnahmen in vier Wochen klar ist, dass es keine Zustimmung der FDP zu einer Verlängerung eines Lockdowns oder anderer verschärfender Maßnahmen gibt. Anders kann ich das nicht verstehen.

Der zweite Punkt ist, Herr Minister Stamp: Sie haben auch formuliert, die Ministerpräsidentenkonferenz müsse Vorschläge machen. – Nein; denn die Rechtslage lautet: Das Land Nordrhein-Westfalen ist der Träger der Gesundheitsbehörden und der kommunalen Behörden. Das Land Nordrhein-Westfalen kann hier ganz alleine, ohne Frau Merkel zu fragen, Recht setzen und Vorschläge machen. Sie sind gewählt worden, um genau diese Vorschläge zu verantworten und hier in Nordrhein-Westfalen durchzusetzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Frau Kollegin Schäffer hat es vorhin auch schon angesprochen: Es entsteht eine echte Kakophonie. Auch innerhalb unserer Fraktion gibt es unterschiedliche

Positionen und Nuancierungen. Das ist alles in Ordnung. Das ist Demokratie. Das ist das Ringen um die klügsten Lösungen. Aber wenn man einen derart schwerwiegenden Beschluss gefasst hat, dann erwarte ich eine einheitliche Kommunikation, ein Einberufen des Krisenstabs und dass Sie hinter den Maßnahmen stehen.

Denn was ist es denn für ein Signal an die Bevölkerung, wenn es heißt: „Das ist alles variabel und vielleicht gar nicht nötig; das habe ich gar nicht so gemeint.“? Das wird doch dazu führen, dass die Leute sich nicht nur nicht mitgenommen fühlen, sondern dass es zu Schadensersatzansprüchen und einem Durcheinander kommt.

Ein Beispiel dafür ist doch, dass der Gesundheitsdezernent Renzel in Essen vor drei Wochen noch mit der Überschrift „Ich werbe für Gelassenheit“ zitiert wurde. Das ist keine einheitliche Kommunikation. Ich kenne auch nicht jede einzelne Maßnahme, aber ich werbe dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Landesregierung: Wenn Sie Beschlüsse gefasst haben, dann stehen Sie dahinter. Verantworten Sie diese Beschlüsse und sagen Sie diesem Parlament, wo Sie hinwollen. Das ist Verantwortung und nichts anderes.

(Beifall von den GRÜNEN)

Einen letzten fachlichen Punkt möchte ich ansprechen. Wir haben dieses von der Landesregierung vorgeschlagene Pandemiegesetz runderneuert. Ein wichtiger Aspekt darin war das Freiwilligenregister.

Sie haben vorhin Ihre Erfolge vorgetragen – was technisch gemacht wurde, was bei den Intensivbetten gemacht wurde usw. Wenn wir dieses Freiwilligenregister haben, warum steht dann immer noch der Vorhalt von Ihnen im Raum – vor zehn Tagen noch bei „Westpol“ formuliert –, dass Sie kein zusätzliches Personal bei den Intensivpflegern und keine zusätzlichen Kräfte in den Gesundheitsämtern haben?

Warum fragen Sie die Leute denn nicht? Ich kenne viele in meinem Umfeld, die bereit wären, einen oder zwei Tage zusätzlich zu arbeiten. Fragen Sie die Leute! Machen Sie dieses Register! Sorgen Sie dafür, dass Nordrhein-Westfalen mit dieser Pandemie vernünftig umgeht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum Abschluss: Ich bin ganz sicher, dass die Diagnose richtig ist, dass wir mit diesem Virus leben werden müssen. Das ist völlig klar. Auch das Testen wird noch länger dauern. Unser Job ist es, an jeder Stelle, in jedem Berufszweig, in jeder Einrichtung, in jedem Kino usw. dafür zu sorgen, dass diese Pandemie nicht uns beherrscht, sondern wir die Pandemie.

Wir müssen die Lösungen auf den Tisch legen. Ansonsten versagen wir und nicht irgendwelche

anderen, auf die wir zeigen können. Das ist unser Job. Das müssen wir machen. Das müssen die nächsten vier Wochen und nicht die nächsten vier Jahre zeigen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mostofizadeh. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Kutschaty das Wort. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Thomas Kutschaty^{*)} (SPD): Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Laumann, vieles von dem, was Sie zum Schluss gesagt haben, könnte ich sogar unterstützen. Aber selbst Ihre pastoralen Worte zum Schluss täuschen nicht darüber hinweg, wie zerstritten sich diese Koalition heute gezeigt hat.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Christian Dahm [SPD]: So ist das! – Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Quatsch!)

Da erzählt der Ministerpräsident, wie wichtig es ist, bei steigenden Infektionszahlen die Maßnahmen anzuziehen und die Einschränkungen zu verstärken, sie bei sinkenden Infektionszahlen aber wieder zu lockern. Herr Löttgen unterstreicht dies. Wenn ich dann sage, das allein reiche nicht aus, wird behauptet, ich würde den Menschen unberechtigterweise die Freiheitsrechte nehmen.

(Zurufe von Armin Laschet, Ministerpräsident und Bodo Löttgen [CDU])

– Herr Ministerpräsident, dann sprechen Sie mal mit Ihrem Sitznachbarn. Der hat nämlich genau das gleiche gesagt, was ich heute gesagt habe: Ein ständiges Hoch und Runter bei den Infektionszahlen ist nicht die Lösung.

(Beifall von der SPD)

Herr Löttgen versucht währenddessen, mit vorformuliert vorgetragenen, juristischen Begründungen Rechtssicherheit im Ordnungswege herzustellen. Sie wissen, wovon ich spreche: Sie haben heute Rechtsausführungen zum Thema „Verhältnismäßigkeit“ gemacht – geeignet, erforderlich, angemessen –, die die Kanzlerin übrigens gestern im Deutschen Bundestag ...

Ich bin weit davon entfernt, Sie mit der Bundeskanzlerin zu vergleichen, aber daraus spricht Ihre aus den wackeligen Verordnungen resultierende Not. Sie müssen schon der Landesregierung zur Seite springen, indem Sie Rechtssicherheit in der Abwägung der Verhältnismäßigkeit ausbringen. Das zeigt doch, wie wackelig dieser Weg ist.

Ich frage mich: Wo ist denn da die FDP? Gestern hat sie noch vollmundig angekündigt – heute Morgen im WDR-Interview, waren wir gar nicht so weit auseinander, Christof Rasche –: Wir machen das mit den Verordnungen nicht mehr länger mit. – Was passiert denn jetzt, liebe Regierung, liebe FDP? Machen wir jetzt zusammen ein Gesetz, oder bleiben Sie bei der CDU und machen die Verordnung?

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Ich lade Sie herzlich ein, liebe FDP: Machen Sie mit uns zusammen Gesetze, damit wir es auf eine vernünftige Grundlage stellen können.

(Beifall von der SPD)

Wo ist eigentlich die Schulministerin? – Ich habe vorhin gesagt: Die Schule bereitet meiner Fraktion die größten Sorgen. Noch nicht einmal für eine Plenarsitzung, noch nicht einmal für einen einzigen Tagesordnungspunkt kann das Versprechen der Schulministerin aufrechterhalten werden, dass in den Schulen in Nordrhein-Westfalen Regelbetrieb durchgeführt wird. Während wir hier debattieren, ist in Solingen der Unterricht auf Distanz beschlossen worden, weil die Infektionszahlen zu hoch sind und der normale Schulbetrieb nicht mehr möglich ist.

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

Keine zwei Stunden hält Ihr Versprechen, dass der Schulbetrieb aufrechterhalten wird!

(Beifall von der SPD)

Jetzt kommt genau das, was wir seit Monaten fordern: Bereiten Sie sich bitte auf diesen Fall vor. Es kommt ja nicht völlig unerwartet, dass eine Stadt bei Inzidenzwerten, die an 300 gehen, sagen muss: Ich kann den Regelbetrieb an Schulen nicht mehr sicherstellen.

Wie stehen die Schülerinnen und Schüler, wie stehen die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern in Solingen jetzt da? Wo ist die Hilfe der Landesregierung? – Ich hoffe, Frau Gebauer ist in Solingen und nicht beim Mittagessen. Das wäre jetzt die richtige Entscheidung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Regierung, liebe Regierungsfractionen, mit einem solchen Auftritt, den Sie heute zerstrittenerweise hingelegt haben, kann man Nordrhein-Westfalen nicht sicher durch die Krise führen.

Verlassen Sie sich endlich mal auf die Opposition.

(Lachen von der CDU und der FDP)

Holen Sie unseren Rat ein. Nehmen Sie uns mit ins Boot. Das würde Nordrhein-Westfalen weiterbringen. Sie versagen in dieser Pandemiekrise kläglich.

(Langanhaltender Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kutschaty. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor – das bleibt auch beim Blick in die Runde so –, sodass wir am Ende der Aussprache sind.

Ich rufe auf:

2 Feststellung der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite gemäß § 11 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite und zur Feststellung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz – IfSBG-NRW)

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11627

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11628

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen, sodass wir direkt zur Abstimmung kommen können. Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung zu ihrem Antrag beantragt, sodass ich fragen darf, wer ihm zustimmen will. – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Enthaltung der AfD-Fraktion sowie des fraktionslosen Abgeordneten Langguth. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/11627 angenommen** worden.

Dann lasse ich abstimmen über den Entschließungsantrag Drucksache 17/11628 der Fraktion der SPD. Wer möchte ihm zustimmen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen von CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen?

(Zurufe)

– Entschuldigung: bei Gegenstimmen der Fraktionen von CDU und FDP. Noch einmal, damit das für das Protokoll alles schön ordentlich ist. Dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11628 haben zugestimmt: die Fraktion der SPD, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Dagegen haben gestimmt die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Enthalten hat sich – wie ich das gerade gesehen habe – keine Kollegin bzw. kein Kollege. – Das bleibt auch bei

nochmaliger Nachfrage so. Damit stelle ich fest, dass der **Entschließungsantrag Drucksache 17/11628 abgelehnt** wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Schluss der Beratung des Tagesordnungspunktes 2 und damit am Schluss der heutigen Sitzung.

Ich berufe das Plenum für Mittwoch, den 11. November 2020, 10:00 Uhr, ein. Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Tag und ein schönes Wochenende. Bleiben Sie gesund.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 12:54 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.